

N. 1.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 72 de 1861 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

1861.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 17. Januar 1861.

Abwesend und als entschuldigt angenommen waren die Herren Fabricius, Helfft, Bissebon, Niemeyer und Nieß.

Die heutige, im Stadthause abgehaltene Sitzung eröffnete Herr Oberbürgermeister Caspari mit einer Ansprache, in welcher er die neu eingetretenen Mitglieder willkommen hieß und Namens des Stadtmagistrats der Versammlung und ihrem Vorsitzenden Dank sagte für das durch das Entgegenkommen derselben noch immer gewahrte, den Interessen der Stadt so förderliche Einvernehmen der beiden Factoren der städtischen Verwaltung.

Hierauf übernahm Herr Landsyndicus Desterreich, als das älteste Mitglied der Versammlung, den Vorsitz, und unter seiner Leitung schritt dieselbe zu den den Gegenstand der Tagesordnung bildenden Neuwahlen für das laufende Jahr.

Zunächst wurde zum Vorsitzenden der Versammlung wiederum gewählt Herr Landsyndicus Desterreich (mit 19 Stimmen) und zum Stellvertreter desselben Herr Haenzler (mit 18 Stimmen). Nachdem beide Herren der Versammlung ihren Dank für das in diesen Wahlen sich ausdrückende Zutrauen ausgesprochen hatten, ließ der Herr Vorsitzende das Protokoll der Sitzung vom 28. December v. J. verlesen, welches genehmigt wurde, und theilte sodann die schriftliche Austritts-Erklärung des zum Obergerichtsrath in Wolfenbüttel ernannten Herrn Stadtverordneten Grotzian mit. In Beziehung auf dieselbe beschloß die Versammlung,

dem Stadtmagistrate die erforderliche Anzeige behuf Einleitung einer Neuwahl machen zu lassen.

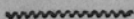
Sodann wurden die nachstehenden Wahlen in die Commissionen und Deputationen und zu einzelnen Amtsführungen vorgenommen; und zwar wurden gewählt:

- I. in die Commission für Statute, Reglements und Rechtsfachen — die Herren Desterreich, Haeusler, Lissebon, Meyer, Aronheim, Ramdohr und Bode;
- II. in die Commission für städtische Finanz- und Vermögensfachen — die Herren Südel, Degener, Kahlert, Bantler und Uhde;
- III. in die Commission für Kirchen- und Schulsachen — die Herren Graß, Bode und Ramdohr;
- IV. in die Deputation für Bausachen und Prüfung der Gesuche, welche zufolge des §. 52 der revidirten Feuer-Ordnung eingehen — die Herren Lissebon, Graß und Rischbieter;
- V. in die Commission zur Prüfung von Aufnahme-, Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuchen — die Herren Meyer, Bartels, Aronheim, Graß und Kloss;
- VI. in die Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation — die Herren Grund und Kellner;
- VII. zum Mitgliede des Gemeinde- (Kirchen-) Cassen-Collegiums — Herr Graß;
- VIII. zum Mitgliede des Gemeinde Schul-Vorstandes — Herr Ramdohr;
- IX. zum Mitgliede der Armen-Direction — Herr Kellner;
- X. in die rücksichtlich der allgemeinen städtischen Wasserleitung gebildete, aus den Herren Kahlert, Rischbieter, Aronheim und Haeusler bestehende Commission — an die Stelle des Herrn Grotrian neu gewählt Herr Degener;

Ferner wird

- XI. das Mandat der Deputation für die Veranlagung der Gewerbetreibenden zum Salzconsume, welche aus den Herren Kloss, Grund, Kahlert, Lissebon, Rothdurst und Quenstedt zusammengesetzt ist, einfach erneuert;
  - XII. in die aus den Herren Desterreich, Haeusler, Kellner und Ramdohr bestehende Commission behuf Feier des 1000jährigen Jubiläums der Stadt für den ausgeschiedenen Herrn Uhde Herr Meyer und
  - XIII. zum Stellvertreter des Protokollführers erwählt — Herr Bode.
- Endlich werden die Schätzungs-Deputationen für die Veranlagungen zur Gemeinde- und Armensteuer zusammengesetzt:

- 1) für den Wendenthor-District — aus den Herren Lissebon, Nieß, Degener und Uhde;
- 2) für den Steinthor-District — aus den Herren Ramdohr, Helfft, Rischbieter und Mattenkloß;
- 3) für den Augustthor-District — aus den Herren Kellner, Grund, Niemeyer und Bantler;
- 4) für den Hohenthor-District — aus den Herren Graß, Fabricius, Kahlert, Aronheim und Bartels;
- 5) für den Wilhelmthor-District — aus den Herren Südel, Kloss, Flagg, Meyer und Bode;
- 6) für den Petriothor-District — aus den Herren Haeusler, Quenstedt, Rothdurst und dem für Herrn Grotrian neu zu wählenden Mitgliede; und wird Herr Südel zum Vorsitzenden der Central-Commission gewählt.





**Nr. 2.**

**Sitzung am 28. Februar 1861.**

**1861.**

Abwesend und als entschuldigt angenommen waren die Herren Aro nheim, Helfst und Kahlert; ohne Entschuldigung die Herren Degener und Meyer.

Nach Eröffnung der Sitzung benachrichtigte der Herr Vorsitzende die Versammlung, daß nach einer Anzeige des Stadtmagistrats vom 26. d. Mts. an die Stelle des ausgeschiedenen Herrn Grotian, der Tabakfabrikant Herr Reuter zum Stadtverordneten gewählt sei, und hieß diesen Herrn, welcher sich in der Versammlung eingefunden hatte, willkommen.

Nachdem hierauf das Protokoll der Sitzung vom 17. Januar d. J. verlesen und genehmigt war, erhielt zunächst Herr Bartels das Wort. Derselbe erinnerte daran, daß bei einer kürzlichen Gelegenheit der Stadt-Magistrat einem fremden Reiseprediger das Betreten der Kanzeln in den hiesigen Kirchen untersagt habe. Nach seiner Uebersetzung habe der Magistrat hierdurch im Interesse des religiösen Friedens der Stadt gehandelt, und er ersuche die Mitglieder der Versammlung, ihre Zustimmung zu dem Verfahren desselben durch Erheben von ihren Sätzen zu bezeugen.

Die Versammlung entsprach diesem Wunsche, und Herr Oberbürgermeister Caspari, welcher derselben für die geschehene Anerkennung den Dank des Magistrats aussprach, knüpfte daran die Berichtigung, daß nicht der Stadt-Magistrat direct dem Prediger das Betreten der Kanzeln untersagt, sondern nur den Kirchenvorstehern anheimgegeben habe, ihre Zustimmung dazu zu verweigern.

Auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden wurde sodann an fünf, gegenwärtig in der Corrections-Anstalt zu Bevern detinirte Personen, der vom Stadtmagistrate beantragte Beitrag behuf ihrer Uebersiedelung nach Amerika bewilligt, und nunmehr zu den die Tagesordnung bildenden Gegenständen übergegangen.

I. In einem Schreiben vom 19. Januar d. J. hat der Stadt-Magistrat die Versammlung aufgefordert, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Germanischen Museum in Nürnberg bis auf Weiteres eine jährliche Beihilfe von 5  $\mathfrak{f}$  aus der Stadtcasse zugesichert werde. Diese Proposition wurde genehmigt, jedoch der jährliche Beitrag auf Antrag der Herren Bode und Bantler auf 10  $\mathfrak{f}$  festgesetzt. Zugleich ertheilte die Versammlung die im obigen Schreiben ferner beantragte Zustimmung zum Beitritt des Stadtmagistrats zu dem in Hannover bestehenden historischen Vereine für Niedersachsen.

II Aus einem zweiten Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. Februar d. J. theilte der Herr Vorsitzende mit, daß in Bezug auf die zu gründende städtische Bibliothek und ein Museum bereits verschiedene Geschenke eingegangen und einzelne Sachen zum Kaufe angeboten seien. Während nun, was die letztern betreffe, eine besondere Bewilligung durch die Stadtverordneten erforderlich erscheine, wenn der Werth derselben ein beträchtlicher sei, so mache es doch zuviel Weitläufigkeiten, eine solche auch beim Ankaufe von Sachen von geringerem Werthe immer einzubolen. Der Magistrat beantrage daher die Einsetzung einer Commission mit der er über den Ankauf solcher Gegenstände Beschluß fassen könne, gebe jedoch anheim, die Beschränkung

hinzuzufügen, daß der Preis der einzelnen anzukaufenden Gegenstände die Summe von 10  $\text{fl}$  nicht übersteigen dürfe und daß um eine weitere Ermächtigung nachgesucht werden müsse, wenn zu dem angegebenen Zwecke im Laufe eines Jahres bereits die Summe von 100  $\text{fl}$  verwandt sei.

Auch diesem Vorschlage trat die Versammlung bei, und wurden in die Commission die Herren Bode, Meyer und Ramdohr gewählt.

III. Herr Bantler als Referent der Finanz-Commission berichtete hierauf über den behuf Erweiterung der niedern Volksschule auf der Reichenstraße projectirten Ankauf des Dhme'schen Hauses daselbst. Bei der fortwährend steigenden Zahl der Schulkinder sei die Vermehrung der Schulklassen von sieben auf zehn bei beiden niedern Volksschulen Bedürfnis geworden. Die an und für sich ungünstige Localität der auf der Reichenstraße belegenen Volksschule, schließe aber eine solche Vergrößerung aus und nur durch Ankauf eines benachbarten Grundstücks sei Raum zu derselben zu beschaffen gewesen.

Eine solche Gelegenheit biete sich nunmehr dar, indem das an der Nordseite des Schulhauses gelegene, mit einem geräumigen Hof und Garten versehene Haus des verstorbenen Ober-Commissairs Dhme von dessen Erben verkauft werden solle. Nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters, dessen Ansicht von der städtischen Schul- und Bau-Commission getheilt werde, biete der Hof und Garten dieses Hauses, welche mit dem jetzigen Schulgrundstücke zu vereinigen sein würden, hinreichenden Raum zur Errichtung eines auf 10 Classen berechneten Schulgebäudes, und würde dann das Dhme'sche Vorderhaus wieder verkauft werden können. Aus diesen Gründen habe der Magistrat, natürlich unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung, sowie der des Herzogl. Staatsministeriums, das Dhme'sche Grundstück für 6000  $\text{fl}$  angekauft. Es werde nunmehr beantragt zu beschließen:

1) daß das Dhme'sche, sub N. ass. 1299 auf der Reichenstraße belegene Haus zum Zwecke der Erweiterung der Schullocalitäten in der daneben belegenen niedern Volksschule für 6000  $\text{fl}$  angekauft,

2) daß der Stadtmagistrat ermächtigt werde, die zur Bezahlung der Kaufgelder erforderlichen Gelder von dem bei Herzoglichem Leihhause belegten Grundvermögen der Stadt zu entnehmen, insofern dieselben von dem in der Stadtcasse befindlichen Betriebsfonds nicht bestritten werden können,

3) daß auf dem Gehöfte der niedern Volksschule und des zugekauften Hauses ein Schulgebäude für 10 Classen erbauet werde, jedoch unter dem Vorbehalte, daß darüber von dem Stadtbaumeister Tappe zunächst ein spezieller Riß und Anschlag angefertigt und den städtischen Behörden zur Genehmigung vorgelegt werde,

4) daß das Vorderhaus des zugekauften Grundstücks bis zu anderweiter Disposition über dasselbe durch Vermietung benutzt, diese aber dem Stadtmagistrate allein überlassen werde.

Nach dem Berichte des Herrn Ref. werden diese Anträge, welche die Commission für vollkommen zweckmäßig erklären müsse, der Versammlung zur Annahme empfohlen; nur könne man, was den vierten Punkt betreffe, es nicht für wünschenswerth erklären, wenn auf die Veräußerung des Vorderhauses des Dhme'schen Grundstücks Bedacht genommen werden solle, indem dasselbe bei einer vielleicht später erforderlich werdenden fernern Vergrößerung benutzbar, auch die Preise der Grundstücke im Steigen seien.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari in Bezug auf diesen Punkt erwie-

bert hatte, die Position 4 des Antrages beabsichtige nur die Dispensirung von den Vorschriften der Städte-Ordnung für diesen speciellen Fall und schließe natürlich nicht aus, daß ein intendirter Verkauf des Vorderhauses der Zustimmung dieser Versammlung unterbreitet werden würde, auch bemerkt hatte, daß aus dem jetzt 28,000  $\text{fl}$  betragenden Betriebsfonds der Stadtcasse ohne Unbequemlichkeit die Zahlung der Kaufgelder könne geleistet werden, nahm die Versammlung sämmtliche vier Propositionen ohne weitere Debatte an.

Es kam sodann

IV. zur Berathung eine Vorlage des Stadt-Magistrats wegen Regulirung der Verhältnisse zwischen der Stadt und dem hiesigen großen Waisen- und Alexii-Pflegehauses, über welche der Herr Vorsitzende Namens der Statuten-Commission Bericht erstattete.

Mittelsst Schreibens vom 24. Februar d. J. hat der Magistrat der Versammlung einen zwischen demselben und der Herzoglichen Landes-Regierung vereinbarten Vertrag zur Zustimmung vorgelegt, welcher in zwei Artikeln die im Interimisticum vom Jahre 1832 vorbehaltene Regulirung der oben bezeichneten Verhältnisse enthält.

Art. 1. dieses Vertrages bestimmt, daß das große Waisenhaus Beatae Mariae Virginis hieselbst durch zwei Directoren verwaltet werden soll, welche unmittelbar unter dem Herzoglichen Staatsministerium stehen und von denen der eine von diesem, der andere von dem Stadt-Magistrate ernannt wird. Eine Instruktion für das Directorium wird noch zwischen beiden vereinbart werden. In das Waisenhaus sollen, wie früher, zunächst verwaisete Kinder aus hiesiger Stadt, und außerdem jährlich mindestens vier der hiesigen Stadt nicht angehörende Kinder aufgenommen werden. Ebenso soll die mit dem Waisenhause verbundene Schule nebst Seminar ferner beibehalten und unter die Aufsicht des städtischen Schuldirectors gestellt bleiben, zu dessen Gehalte deshalb aus der Waisenhauscasse jährlich 400  $\text{fl}$  beizutragen sind. Es sollen ferner die aus der lekttern bisher zu der städtischen Armenkasse jährlich gezahlten 1000  $\text{fl}$  Conv.-Münze auch ferner gezahlt werden, sofern das Waisenhaus dieses Geldes nicht zur Erfüllung seiner statutarischen Zwecke selber bedarf; und die Ueberschüsse aus dem Intelligenzwesen endlich bis zu einer Summe von 3000  $\text{fl}$  jährlich, wie früher dem Waisenhause zukommen.

Art. 2 schreibt vor, daß die Verhältnisse des Alexii-Pflegehauses zum großen Waisenhause bis zur Eröffnung der Landes-Irrenanstalt die früheren bleiben sollen; daß aber von diesem Zeitpunkte an die im Alexii-Pflegehause bestehende Irrenanstalt aufgehoben und das Waisenhaus von der Verpflichtung entbunden werden soll, die armen Irren aus hiesiger Stadt unentgeltlich zu versorgen. Als Entschädigung für den Verlust dieser Vortheile erhält die städtische Armenkasse eine jährliche Summe von 1500  $\text{fl}$  aus der Hauptfinancasse, zugleich wird der Stadt die Versicherung erteilt, daß von derselben für die Verpflegung armer Irren von hier, keine höhere Vergütung gefordert werden soll, als von den übrigen Gemeinden des Landes. Es verzichtet endlich das Waisenhaus für die Uebernahme jener Zahlung von 1500  $\text{fl}$  und gegen eine fernere Zahlung von jährlich 500  $\text{fl}$  aus der Hauptfinancasse an die Casse des Waisenhauses von dem gedachten Zeitpunkte an auf jeden Zuschuß vom Intelligenzwesen, erhält aber die Grundstücke und Gebäude des Alexii-Pflegehauses, sowie dessen ganzes Inventar zu freier Verfügung.

Der Herr Referent, welcher die Zweckmäßigkeit des Arrangements Punkt für Punkt hervorhob, empfiehlt dasselbe zur Annahme.

Während in Bezug auf Art. 1 keines der Herren Mitglieder sich zum Worte meldete, äußerte zum Art. 2 Herr Reuter, dem sich Herr Fabricius anschloß, Bedenken, ob die der Stadt gewährte Entschädigung von jährlich 1500  $\mathcal{F}$  als eine zureichende anzusehen sei. Bisher habe das Waisenhaus die unbedingte Verpflichtung gehabt, sämtliche arme Irre aus hiesiger Stadt kostenfrei im Alexii-Pflegehause zu erhalten. Wenn nun auch die genannte Summe dem Verhältnisse der nach 10jährigem Durchschnitt in der Anstalt befindlich gewesenen armen städtischen Kranken (c. 22.) und deren Verpflegungskosten, welche für jeden 62½  $\mathcal{F}$  betrügen, entspräche, so sei doch die Zunahme der Zahl der Irren wie anderswo so auch hier, und für kommende Zeiten, daher eine Ausgabe der Stadt für dieselben zu besorgen, welche durch jene 1500  $\mathcal{F}$  nicht mehr gedeckt werden würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwiderte hierauf: Ursprünglich habe der Magistrat beantragt, daß die bisher im Alexii-Pflegehause gewährte unbeschränkte freie Verpflegung der hiesigen armen Irren auch von der Landes-Irrenanstalt übernommen werden möge; was indessen von der Herzogl. Landes-Regierung entschieden abgelehnt sei. Es sei nunmehr, da das Fortbestehen der hiesigen Anstalt neben dem zu gründenden Landes-Irrenhause unmöglich habe gewünscht werden können, die Ausmittelung eines Aequivalentes als Entschädigung der Stadt nothwendig geworden. Die nach längeren Verhandlungen ausgemittelte Summe von jährlich 1500  $\mathcal{F}$  erscheine aber dann nicht als zu gering, wenn man berücksichtige, daß ein Theil der jetzt im Alexii-Pflegehause befindlichen Irren recht wohl in Zukunft im städtischen Pflegehause würde verpflegt werden können; auch werde man demnächst bei der Frage, ob die Seitens der Stadt im Landes-Irrenhause zu erhaltenden Irren völlig vermögenslos seien, einen strengern Maßstab anlegen, als dies bisher geschehen sei; hierzu komme endlich, daß, wenn die Verpflichtung des Waisenhauses, das Deficit im Alexii-Pflegehause zu decken, weg falle — und dieses Deficit sei keineswegs bloß aus der kostenfreien Aufnahme hiesiger Irren entstanden — dann die Einkünfte des erstern noch mehr wie zuvor den Interessen der hiesigen Stadt zu gute kommen würden. Aber auch das Waisenhaus werde durch die vorgeschlagene Einrichtung nicht benachtheiligt, obwohl es baar nur 500  $\mathcal{F}$  statt der früher aus der Intelligenzcasse gezahlten 3000  $\mathcal{F}$  in Zukunft erhalten werde. Denn es brauche nunmehr nicht mehr das Deficit des Alexii-Pflegehauses zu tragen, erlange freie Verfügung über das Grundstück des letztern und das nicht unbedeutende Inventarium desselben; außerdem sei aber zu erwägen, daß ein bestimmtes Recht des Waisenhauses auf die Ueberschüsse des Intelligenzwesens, wenn gleich von dem Waisenhaus-Directorium behauptet, doch von der Herzoglichen Landesregierung nie anerkannt sei, es sich also zugleich um eine vergleichsweise Erledigung einer bestehenden Differenz, nicht aber um Aufhebung eines unzweifelhaften Anspruchs des Waisenhauses handle.

Die Versammlung ertheilte hierauf ihre Zustimmung zu dem vorgelegten Vertrage.

V. Herr Südel berichtete sodann Namens der Finanz-Commission über die projectirte Ablösung der Verpflichtung der Gemeinden Delper, Lehn Dorf und Rühme zur Leistung von Spann- und Handdiensten an die hiesige Stadt. Nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. Januar d. J. haben über die fr. Ablösung Vergleichs-Verhandlungen stattgehabt, welche rücksichtlich der Gemeinde Lehn Dorf, jedoch mit Vorbehalt des Rücktritts binnen 6 Wochen, zu einer Uebereinkunft geführt haben, derzufolge von



jedem Ackerhofe 490  $\text{fl.}$ , von jedem Halbspännerhofe 245  $\text{fl.}$ , von jedem Rothhofe 80  $\text{fl.}$  und von jeder Brinksfizerstelle 40  $\text{fl.}$  als Ablösungssumme zu zahlen sein würden.

Der Herr Referent von die Herren Desterreich, Uhde und Stadtrath Carsten's beistimmten, befürwortete die Zustimmung zu diesem Abkommen. Allerdings würde ein nach der Ablösungs-Ordnung und den für den Kreis Braunschweig festgesetzten Normalpreisen vorgenommene Abschätzung ein wenigstens zum Theil höheres Ablösungsquantum, nämlich für den Ackermann 508  $\text{fl.}$  8  $\text{gr.}$  2  $\text{a.}$ , für den Halbspänner 254  $\text{fl.}$  4  $\text{gr.}$  1  $\text{a.}$ , für den Rothfassen 60  $\text{fl.}$  22  $\text{gr.}$  6  $\text{a.}$  und für den Brinksfizer 39  $\text{fl.}$  18  $\text{gr.}$  ergeben. Allein bei dieser Berechnung seien die von den Pflichtigen als zu hoch bestrittenen Aufstellungen der Stadt zu Grunde gelegt, deren Beweis im Fall der processualischen Verhandlung bei der großen Verdunkelung der Sache schwerlich zu führen sein werde. Außerdem seien gegen diejenigen Ablösungssummen, welche die Stadt im Jahre 1841 den Pflichtigen der Gemeinde Rünningen gegenüber vergleichsweise erzielt habe, die jetzt proponirten nicht unbeträchtlich höher, indem jene für den Ackerhof 475  $\text{fl.}$ , für den Halbspännerhof 237  $\frac{1}{2}$   $\text{fl.}$ , für den Rothhof 75  $\text{fl.}$  und für die Brinksfizerstelle 37  $\frac{1}{2}$   $\text{fl.}$  betragen hätten.

Die Commission beantrage daher nicht allein, die Zustimmung zu dem obigen Vergleich auszusprechen, sondern auch dem Stadt-Magistrate die Vollmacht zu ertheilen, in derselben Weise und nach demselben Maaße die gleichartigen Dienste der Gemeinden Delper und Rühme zur Ablösung zu bringen.

Bei der Abstimmung genehmigte die Versammlung beide Anträge.

VI. Nach einem fernern Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. Januar d. J., ist Beschlussfassung wegen der Erneuerung der Pachtcontracte über die den beiden hiesigen Bürgerschulen zugefallenen Pertinenzgrundstücke erforderlich geworden, indem der eine bereits Michaelis v. J. abgelaufen ist, der andere Michaelis d. J. ablaufen wird. Die Pachtsumme beträgt für das eine Grundstück 6  $\text{fl.}$  18  $\text{gr.}$ , für das andere 12  $\text{fl.}$ .

Da die Contracte in den Jahren 1841 und resp. 1848 abgeschlossen, seit dieser Zeit aber eine beträchtliche Steigerung des Pachtwerthes der Grundstücke eingetreten sei, so beantragt Herr F ü d e l als Referent der Finanz-Commission dem bisherigen Pächter, Schafmeister Langemann, die Pacht nur unter der Bedingung zu prolongiren, daß die Pachtsummen auf 9 und resp. 16  $\text{fl.}$  erhöht würden, sonst aber auf öffentlich meistbietende Verpachtung der Grundstücke Bedacht zu nehmen.

Da aber die Herren D u e n s t e d t und L i s s e b o n bemerkten, daß der bisherige Pachtpreis der fr. Ländereien, welche ihnen aus eigener Anschauung genau bekannt seien, ein ziemlich hoher erscheine, so beschloß die Versammlung, dem Stadtmagistrate anheim zu geben, die Pachtcontracte unter den früheren Bedingungen zu prolongiren, falls der jetzige Pächter sich nicht freiwillig zu einer Erhöhung der bisherigen Pacht bereit finden sollte.

VII. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 15. Februar d. J., über welches Herr G r a ß Namens der Baudeputation berichtete, hat der Braueretbesitzer Löschigt am Bankplatze hieselbst, dessen eingedächertes, sub  $\text{N}^{\circ}$  ass. 467 belegenes Haus am südlichen Ende 6 Zoll, am nördlichen Ende 2 Fuß vor die Nachbarhäuser vorspringt, sich bereit erklärt, gegen eine Entschädigung von 100  $\text{fl.}$  in die Fluchtlinie zurückzutreten.

Auf den Bericht des Herrn G r a ß, welcher die Maßregeln aus ästhetischen Rücksichten für wünschenswerth und die geforderte Entschädigung für mäßig erklärte, er-

theilte die Versammlung ihre Zustimmung zum Abschlusse des Vertrags mit Vöschigt unter den vom Stadtbaumeister in seinem Berichte vom 8. Februar bemerkten Bedingungen und zur Zahlung der Entschädigung von 100  $\text{R}$  aus der Stadtcasse.

**VIII.** Schließlich wurde noch auf den Bericht der Finanzcommission, welchen Herr Züdel abstattete, die vom Magistrat mittelst Schreibens vom 23. Januar d. J. beantragte Erhöhung der Remuneration des städtischen Straßenbeleuchtungs-Controleurs Stützung von monatlich 4  $\text{R}$  auf monatlich 5  $\text{R}$  bewilligt.

(Beilage zum 113. Stücke der Braunschw. Anzeigen)

**N. 3.**

(Fortsetzung der Beilage zu N. 95 de 1861 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1861.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 7. März 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Degener, Flaggge, Helfft, Kellner und Desterreich. Ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Meyer.

Bei Abwesenheit des Vorsitzenden, Herrn Landsyndicus Desterreich, eröffnete der Stellvertreter desselben, Herr Haeusler, die Sitzung, und wurde zunächst das Protokoll der Sitzung vom 28. Februar d. J. verlesen und genehmigt.

I. Herr Uhde, welchem hierauf das Wort ertheilt wurde, brachte nochmals den in der vorigen Sitzung verhandelten, behuf Erweiterung der niedern Volksschule auf der Reichenstraße projectirten Ankauf des Ohme'schen Hauses daselbst zur Sprache. Nach ihm inzwischen gewordenen Mittheilungen stehe auch das auf derselben Straße belegene Volkmar'sche Haus zum Verkaufe, welches in mehrfacher Hinsicht, namentlich aber wegen des dabei befindlichen größern Hofraums, zu dem beabsichtigten Zwecke geeigneter erscheine, als das ersterwähnte. Auf seine Veranlassung habe der Herr Stadtbaumeister Tappe die fr. Localität bereits besichtigt, und werde das von ihm Vorgetragene durch das Gutachten desselben bestätigt werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilte hierauf aus dem ihm so eben zugegangenen Berichte des Stadtbaumeisters das Erforderliche mit und unter der Zustimmung desselben beschloß die Versammlung:

daß diese Angelegenheit nochmals zur Prüfung an die Schulcommission

und Baudeputation zurückgehen, und daher der Stadtmagistrat ersucht werden solle, den in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlüssen, den Ankauf des Ohme'schen Hauses betreffend, einstweilen keine Folge zu geben.

II. Der Herr Vorsitzende machte sodann Mittheilung aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 5. März d. J., in welchem auf Veranlassung eines an die Vorstände protestantischer Städte Deutschlands gerichteten Gesuches des Ausschusses des Luther-Denkmal-Vereins zu Worms beantragt wird, für das in dieser Stadt zu errichtende Luther-Denkmal die Summe von 50  $\text{R}$  aus der Stadtcasse zu bewilligen. Die Versammlung ertheilte zu diesem Antrage ihre Zustimmung, erhöhte jedoch die zu bewilligende Summe auf 100  $\text{R}$ . Rhein.

Der Herr Vorsitzende knüpfte an eine in dem erwähnten Gesuche vorkommende Stelle die Bemerkung, daß, wie der Versammlung bekannt sein werde, das seit längerer Zeit Besüchtete eingetreten und der große Meister Rietschel in Dresden seiner Krankheit erlegen sei. Es sei ihm nicht vergönnt worden, das hohe Alter seines unsterblichen Lehrers Rauch zu erreichen, und die Vollenbung des größten Werkes seines Lebens, des Luther-Denkmals, müsse andern Händen anvertraut werden. Wie ganz Deutschland den unerseßlichen Verlust beweine, so habe unsere Stadt ganz besondere Ursache zur Trauer, deren Ehrenbürger er gewesen, und die ihm das Lessing-Standbild und den Entwurf der Quadriga verdanke.

Die Versammlung erhob sich auf den Antrag des Herrn Vorsitzenden zum Zeichen ihrer Zustimmung zu dem Gesagten und beschloß:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, im eigenen und im Namen der Stadt, zu verordnen ein Beileidschreiben an die Wittve des Verstorbenen richten zu wollen,

was Herr Overbürgermeister Caspari Namens des Stadt-Magistrats zusagte.

III. Der Herr Vorsitzende brachte hierauf die Versehung des Kreisbaumeisters Götter nach Wolfenbüttel zur Sprache, in welcher Angelegenheit seiner Ansicht nach die städtischen Behörden eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen hätten, und welche so vielfach im Publikum besprochen sei, daß eine Mittheilung darüber an öffentlicher Stelle angemessen erscheine. Es komme dazu, daß die gegen den Kreisbaumeister Götter seinen berechtigten Wünschen zuwider verfügte Maßregel in Zusammenhang mit einer Arbeit gebracht werde, welche er gerade im Interesse der Stadt übernommen habe. Er ersuche den Herrn Overbürgermeister Caspari, der Versammlung diejenigen Mittheilungen über den Fall machen zu wollen, welche er nach Lage der Sache zu geben im Stande sei.

Herr Overbürgermeister Caspari erklärte: Herr Götter habe in seiner Stellung als Kreisbaumeister die Straßenpflasterung und die Wasserbauten an den Dierkanälen in der hiesigen Stadt zu leiten gehabt, Geschäfte, denen er stets zur vollsten Zufriedenheit der städtischen Behörden vorgestanden. — Officiell habe der Stadt-Magistrat nur durch ein Schreiben der Herzogl. Bau-Direction die Nachricht erhalten, daß der genannte Herr in seiner



früheren Eigenschaft wieder nach Wolfenbüttel zurückversetzt, und die bezeichneten Geschäfte den Bauconducteuren Gräse und Hartmann übertragen worden seien. In welchem Zusammenhange diese Versetzung mit einer von Herrn Götter für die Stadt angefertigten Arbeit stehe, darüber könne er begreiflicher Weise bestimmte Angaben nicht machen. Richtig sei, daß derselbe vor einiger Zeit auf den Wunsch des Stadtmagistrats ein Gutachten über die für die Stadt beabsichtigte Wasserleitung angefertigt und darüber einen ausführlichen Plan ausgearbeitet habe, welcher im Gegensatze zu dem umfassendern Claus'schen Plane nur die Lieferung von ungeklärtem Wasser mittelst der Benutzung der bereits vorhandenen älteren Wasserfünfte beabsichtigt und daher die Erzielung einer beträchtlichen Kosten-Ersparniß in Aussicht gestellt habe. Dieser Plan sei, wie der Claus'sche Plan, dem Herzogl. Staatsministerium zur weiteren Prüfung eingesandt, und dem Stadt-Magistrate nachher ein Bericht der Herzogl. Bau-Direction über das ganze Project nebst einem speciellen Votum des Referenten in der gedachten Behörde zu weiterer Aeußerung zugefertigt. In jenem Berichte habe die gedachte Behörde ihre Unzufriedenheit über das Verfahren des Herrn Götter, welcher ohne ihre Zustimmung den erwähnten Plan angefertigt, ausgesprochen und denselben der Ueberhebung über seine vorgesetzte Behörde beschuldigt, der Referent aber habe sich disciplinarische Anträge vorbehalten. Natürlich habe der Stadtmagistrat sich beeilt, sich des Herrn Götter bei Herzogl. Staatsministerium anzunehmen und auseinanderzusetzen, daß derselbe statt der Vorwürfe Dank verdiene, wenn er sich bemüht, einen Weg aufzufinden, durch welchen für die Stadt und den Staat bei jener kostspieligen Anlage Ersparungen eintreten könnten. Ueber die Wirkung dieser Vorstellung habe der Stadt-Magistrat keine Nachricht erhalten, er glaube aber, daß die Anträge gegen den Herrn Götter damals keinen Erfolg gehabt hätten; inwiefern nun aber dessen jetzige Versetzung mit jenem Vorgange noch in Verbindung stehe, daß müsse er jedem Einzelnen zur eignen Beurtheilung überlassen.

Herr Aronheim; Er halte zwar die Versammlung weder für befugt noch für befähigt, die Begründung der besprochenen Maßnahmen zu prüfen; der Mangel der Befugniß derselben verstehe sich von selbst, ihre Befähigung würde von der Kenntniß der betreffenden Acten abhängen, die derselben begreiflicher Weise nicht zu Gebote stehen könnten. Er glaube aber, daß die Einsicht der Acten zu der Erkenntniß führen würde, daß Herzogl. Landesregierung nicht wohl umhin gekonnt, die von einer Mittelbehörde proponirte Versetzung zu versügen, da nicht anzunehmen stehe, daß jene höchste Behörde sich zu einem aus persönlichen Motiven proponirten Beschluß habe verleiten lassen; er sei vielmehr überzeugt, daß die Götter'sche Versetzung aus dienstlichen Rücksichten ebenso überzeugend befürwortet worden sei, wie zu andern Zeiten die Versetzung Sr. Excellenz des Staatsministers von Geyso und des Stadtgerichts-Directors Imperius unmittelbar nach deren landständischer Wirkksamkeit habe empfohlen werden können. — Wie jene Männer sich den Forderungen dienstlicher Subordination unterworfen, das Bewußtsein aber an ihren neuen Bestimmungsort mitgenommen hätten, ihre Pflicht dem Lande gegenüber treu, gewissenhaft und ohne Menschenfurcht erfüllt zu haben, so werde auch Herr Götter wieder nach Wolfenbüttel, das er vor Kurzem mit der Hoffnung verlassen, in Braunschweig eine neue Heimath und eine ehrenvolle und segensreiche Thätigkeit zu finden, in einem im Staatsdienste

sonst nicht gewöhnlichen Kreislaufe zurückkehren müssen; aber auch er dürfe das Bewußtsein mit sich nehmen, daß er in hiesiger Stadt, insbesondere insoweit die städtischen Interessen ihm anvertraut gewesen, seine Pflicht im vollen Maße, mit wahrer Aufopferung und in würdevoller Nichtberücksichtigung persönlicher Interessen erfüllt habe. Diese Ueberzeugung ihm auszusprechen erachte er die städtischen Behörden für berufen, ja nach Lage der Sache für verpflichtet, und er beantrage demnach:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle an den Magistrat das Ersuchen richten, im eigenen Namen sowie im Namen der Stadtverordneten-Versammlung dem Herrn Kreisbaumeister Götter die Anerkennung und den Dank der städtischen Behörden für die aufopfernde Wahrung der in seine Berufsthätigkeit fallenden städtischen Interessen auszusprechen.

Er verbinde mit diesem Antrage für Herrn Götter auf den Fall, daß derselbe sich durch die gegen ihn verfügte Maßregel gekränkt fühlen sollte, den Wunsch, daß er, wenn auch nicht einer Richtung angehörig, die ihre Religiosität zur Schau trage, doch wahre Religiosität genug besitze, um den ihn wieder angewiesenen Wohnsitz ohne Haß und Bitterkeit im Herzen zu betreten; daß er, wenn er auch nicht gewohnt, mit Demuth Ostentation zu treiben, doch wahre Gottergebenheit einerseits und andererseits Manneswürde genug in sich trage, um eine momentane Bekümmerniß mit ungebrochenem Lebensmuth und unverkümmertem Pflichtgefühl überwinden zu können. In dieser Hoffnung rufe er ihm ein herzliches Lebewohl nach. — Die städtischen Behörden aber würden aus diesem Vorfalle noch mehr die Ueberzeugung gewinnen, daß, wenn innerhalb der städtischen Interessen nicht unberechtigte Einflüsse zur Geltung kommen sollten, ihr stetes Augenmerk auf möglichste Unabhängigkeit aller ihrer Organe gerichtet sein müsse.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Fabricius, welcher seine vollständige Beistimmung zu dem Vortrage des Vorredners zu erkennen gab und die Versammlung aufforderte, wo möglich mit Einstimmigkeit dem gestellten Antrage beizustimmen, ergriff nochmals

Herr Oberbürgermeister Caspari das Wort: Er dürfe wohl ohne Weiteres die Versicherung geben, daß der Stadt-Magistrat dem Antrage des Herrn Aronheim im vollsten Maße beistimme, müsse aber noch ganz besonders dem Herrn Götter das Zeugniß ertheilen, daß er, wo irgend die Interessen der Regierung und die der Stadt in Collision gekommen seien, mit seltenem Geschick beide gleichmäßig zu vertreten und beiden gerecht zu werden verstanden habe. Der Stadt-Magistrat fühle übrigens die Verpflichtung, dem Herrn Götter für die von ihm in Bezug auf die projectirte Wasserleitung angefertigte Arbeit, welche selbst für den Fall, daß sie zur Ausführung nicht kommen sollte, von großem Nutzen für die Beurtheilung der Sache sei, auch ein entsprechendes Honorar zu gewähren, wenngleich ein solches nicht ausgemacht, vielleicht nicht einmal erwartet sei. Er richte daher an die Versammlung den fernern Antrag:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Herrn Kreisbaumeister Göt-

ter die Summe von 200  $\mathfrak{f}$  als eine Entschädigung für die Ausarbeitung eines Plans zur Anlegung einer Wasserleitung für die hiesige Stadt aus der Stadt-Casse ausgezahlt werde.

Herr Bantler, obwohl mit beiden Anträgen einverstanden, äußerte das Bedenken, ob die vorgeschlagenen Maßregeln, die als eine Demonstration anzusehen seien, den Interessen und Wünschen des Herrn Götter welcher im Staatsdienste sich befinden auch entsprechen möchten.

Herr Aronheim erwiederte darauf: der von ihm proponirte Antrag solle in der That eine Demonstration sein; da er aber seinen Antrag unabhängig von dem Herrn Götter gestellt habe, so könne er nicht gut absehen, welche Nachtheile denselben treffen könnten, der bereits ziemlich das Härteste erlebt habe, was im Staatsdienste möglich sei. Er halte es vielmehr für im Interesse der Sache, seinem Antrage, dem hoffentlich die Zustimmung der Versammlung nicht entgegen werde, die möglichste Verbreitung zu geben, und bestehe darauf, daß in dem im Druck zu publicirenden Protocolle diese Verhandlung möglichst wortgetreu und ausführlich wieder gegeben werde.

Der Herr Vorsitzende erklärte: er finde in dem Antrage die Absicht, Herrn Götter der wider ihn verfügten Maßregel gegenüber eine Genugthuung zu geben, und sei der Ansicht, daß die Versammlung den demonstrativen Character eines beistimmenden Beschlusses nicht zu scheuen haben werde.

Auch Herr Lissebon sprach hierauf seine Uebereinstimmung mit den Anträgen aus und fügte hinzu: es sei dringend erforderlich, daß bei der Behandlung der den Wasserzufluß in der Oker und den Okerkanälen betreffenden Frage mehr für das Interesse der Stadt gesorgt werde, da eine Gefährdung desselben zum Vortheil der in ihrer Anlage verfehlten Neustadt-Mühle zu befürchten sei.

Nachdem der Herr Vorsitzende jedoch diesen Gegenstand als einen mit den vorliegenden Anträgen nicht in directem Zusammenhange stehenden bezeichnet, die Eröffnung der Debatte über ihn daher abgelehnt und anheim gegeben hatte, einen selbständigen Antrag deshalb zu stellen, nahm die Versammlung sowohl den Antrag des Herrn Aronheim als den des Herrn Oerbürgermeister Caspari an.

IV. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. Januar d. J. ist der Pächter der dem hiesigen Neustadt-Rathhause anklebenden Gerechtsame des Bier- und Weinshanks, Weinhändler Görig, mit Zahlung der Pachtgelder für drei Quartale im Rückstande geblieben. Der Stadt-Magistrat beabsichtigt nun, da die Fortdauer des obigen Pachtverhältnisses nicht wünschenswerth erscheine, von dem ihm im Contracte zugestandenen Rechte der Aufhebung Gebrauch zu machen, hat deshalb einen neuen Verpachtungstermin auf den 20. April d. J. bereits ausgeschrieben und proponirt, die Versammlung möge ihre Zustimmung dazu ertheilen, daß der neuen Verpachtung

die früheren Bedingungen zum Grunde gelegt und diese nur dahin modificirt wurden, daß die neue Pachtzeit von Johannis d. J. beginne und bis Johannis 1867 fortlaufe.

In Gemäßheit des von Herrn Südel abgestatteten Berichtes der Finanz-Commission ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung zu dieser Vorlage.

V. Ferner berichtete Herr Südel Namens derselben Commission über die mittheilend des Stadt-Magistrats vom 12. November v. J. vorgelegten Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts vom Jahre 1859, welche auf den Antrag der Commission ohne Debatte für justificirt und abgenommen erklärt wurden.

In vertraulicher Sitzung wurden hierauf noch eine Steuer-Reclamation und 47 Gesuche um Bewilligung des Wohnrechts erledigt.



**N<sup>o</sup> 4.** (Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 113 de 1861 der Braunschweigischen Anzeigen.) **1861.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 18. April 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Fabricius, Helfft, Niemeyer und Ramdohr.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 7. März d. J. verlesen und genehmigt war, bemerkte Herr Oberbürgermeister Caspari, daß der Stadtmagistrat dem in diesem Protocolle verzeichneten Beschlusse der Versammlung entsprechend ein Beileidschreiben an die Wittve des Bildhauers Rietschel zu Dresden erlassen, und daß diese bereits in einem Antwortschreiben ihren Dank für die ihr von den städtischen Behörden Braunschweigs bezeugte Theilnahme ausgesprochen habe.

Indem die Versammlung hierauf zur Tagesordnung überging, berichtete zunächst Herr Bantler namens der Finanz-Commission über ein, die Vergrößerung der auf der Reichenstraße belegenen niedern Volksschule betreffendes Magistratschreiben vom 12. März d. J., in welchem der Versammlung folgende Propositionen vorgelegt werden:

- 1) den Ankauf des Ohmeschen Hauses nicht zu genehmigen, dagegen aber
- 2) den Stadtmagistrat zu ermächtigen, das Volkmar'sche, sub N<sup>o</sup> ass. 1295 auf der Reichenstraße belegene Haus zur Aufnahme der niedern Volksschule nördlichen Bezirks für 5000  $\mathcal{F}$  anzukaufen und die Kaufgelder aus dem Betriebsfonds der Stadtkasse zu berichtigen,
- 3) zu genehmigen, daß in dem Garten des anzukaufenden Grundstücks ein Schulgebäude für 10 Classen, mit einer Wohnung für den Schulpedellen erbauet werde, jedoch unter dem Vorbehalte, daß darüber von dem Stadthaumeister Tappe zunächst ein specieller Riß und Kostenanschlag angefertigt und den städtischen Behörden zur Genehmigung vorgelegt werde,

- 4) den Stadtmagistrat zu ermächtigen, das Vorderhaus des zu acquirirenden Grundstücks bis dahin, daß solches dem dirigirenden Lehrer der Schule überwiesen wird, bestmöglichst zu vermieten.

Nach dem Berichte des Herrn Bantler hat die Commission, welche sämmtliche Anträge zur Annahme empfiehlt, diese neuen Vorschläge mit besonderer Befriedigung begrüßt, indem dieselben mehrere große Vorzüge vor dem auf Acquisition des Dyme'schen Hauses beruhenden ältern Plane enthielten. Diese Vorzüge beständen nämlich insbesondere darin, daß der c. 12,354 □Fuß große Spielplatz der Kinder um c. 4600 □Fuß größer werden und für jedes der 900 Kinder eine Hoffläche von 13 $\frac{1}{2}$  □Fuß ergeben würde, während der frühere Plan nur 8 $\frac{2}{3}$  □Fuß gewährt hätte; daß das in dem Volkmar'schen Garten zu errichtende Schulgebäude die Wohnung des Schulleitenden würde mit aufnehmen können, und daß während des Neubaus der Unterricht in dem jetzigen Gebäude eine Unterbrechung nicht zu erleiden haben resp. eine Verlegung der Schule nicht nöthig sein würde. Allerdings seien die Anlagekosten um 2000 ₰ höher veranschlagt, als die des ersten Planes; indessen könne diese verhältnißmäßig geringe Differenz, welche sich namentlich durch die Ersparung für die Miethe eines interimistischen Schulgebäudes während der Bauzeit noch beträchtlich vermindere, gegen die obigen Vortheile nicht zur Berücksichtigung kommen.

Die Versammlung genehmigte hierauf ohne Debatte sämmtliche Propositionen.

Es berichtete sodann

II. Herr F ü d e l namens derselben Commission über einen, das der Stadt zugehörige Gut bei Möddesse, Amts Peine, betreffenden, im Schreiben vom 13. v. Mts. enthaltenen Antrag des Stadtmagistrats. Nach diesem Schreiben ist das betreffende Gut im Jahre 1856 an den Dekonomen Hellvogt bis Johannis 1886, und zwar von Martini 1865 an gegen ein jährliches Pachtgeld von 1000 ₰ verpachtet, mit Zustimmung der Stadt aber in diesen Contract der Kaufmann Hanig zu Linden eingetreten, welcher durch seinen Sohn dasselbe hat bewirthschaften lassen. Da der Letztere hiebei seine Rechnung nicht gefunden, so hat er sich bereits seit einiger Zeit nach einem Uebernehmer des Guts umgesehen und einen solchen nunmehr auch in der Person des Dekonomen Dralle zu Lesse gefunden. Die beiden Contrahenten sind nun dahin einig geworden, daß der Letztere als Afterspächter des Erstern bereits vom 26. Februar d. J. an das Gut mit der Verpflichtung übernehmen soll, für das Gutsgebäude und das ganze Haus- und Wirthschafts-Inventarium an den Pächter die Summe von 13,000 ₰ und an die früheren Pächter Wiedemann und Aldefeldt eine Abfindung von 1000 ₰ und resp. 436 ₰ zu bezahlen, und sollen von obigen 13,000 ₰ 8000 ₰ sofort, die übrigen 5000 ₰ aber einstweilen gegen Verpfändung der Gebäude und des Inventars stehen bleiben. Da indessen der Dekonom Dralle nur in der Lage ist, sofort 4000 ₰ von seinem Vermögen flüssig zu machen, so wünscht er, von der Stadt die fehlenden 4000 ₰ vorgeliehen zu erhalten.

Die Anträge des Magistrats gehen nun dahin:

»die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Dekonom Dralle als Afterspächter in den wegen des Guts zu Möddesse bestehenden Pachtcontract eintritt, und

daß demselben ein Capital von 4000 ₰ Court. gegen Verzinsung von 4%, Verbürgung der Ehefrau desselben und Verpfändung des Guts- und Wirthschafts-Inventars auf dem Gute zu Möddesse und Einräumung der Prio-

rität vor der Hanitz'schen Forderung zu 5000  $\text{₰}$  von dem Grundvermögen der Stadt vorgeliehen werde.

Die diesen Anträgen beigefügten Motive sind im Wesentlichen folgende: Die bisherige Bewirthschaftung des fraglichen Gutes durch den Kaufmann Hanitz resp. dessen Sohn sei eine sehr unangemessene gewesen, und die Uebernahme desselben durch einen tüchtigen Defonomen daher höchst wünschenswerth. Als solcher habe sich der Defonom Dralle, welcher 25 Jahre lang Oberverwalter bei dem Cammerrathe von Gramm in Burgdorf gewesen, im hohen Grade bewährt. Das Vermögen desselben, welches gegenwärtig noch in zwei von ihm bewirthschafteten Höfen zu Lesse stecke, von denen der eine ihm zugehöre, betrage etwa 9000  $\text{₰}$ . Da nur unter der Vorsetzung des erbetenen Darlehens von 4000  $\text{₰}$  dem p. Dralle die Uebernahme der Pacht möglich sei, die der Stadt wegen dieser Summe gebotene Sicherheit aber um so mehr eine zureichende sei, als der Kaufmann Hanitz rücksichtlich seiner Restforderung die Priorität einräumen werde, so erscheine die Genehmigung der Anträge als im Interesse der Stadt und vollständig unbedenklich.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel ist die Commission mit diesen Ausführungen einverstanden und befürwortet die Annahme der gemachten Propositionen.

Der Herr Vorsitzende bestätigte die im Magistrats-Schreiben enthaltene günstige Beurtheilung der vorliegenden Angelegenheit. Der Defonom Dralle sei ihm fast so lange persönlich bekannt, als derselbe in Burgdorf und Lesse gewesen, und verdiene das ihm ertheilte Lob im vollen Maße. Derselbe werde sich gewiß auf dem Gute zu Möddesse, daß einer bessern Bewirthschaftung dringend bedürftig und dann eines sehr erhöhten Ertrages fähig sei, in kurzer Frist tüchtig herausgearbeitet haben. Die Gutsgebäude und das Inventar gehörten dem Pächter und würden, selbst bei der jetzt mangelhaften Beschaffenheit derselben, wohl allein schon die hinreichende Sicherheit für das Darlehen der Stadt gewähren. Diese Sicherheit werde aber völlig außer Zweifel gesetzt, wenn der neue Pächter sein übriges Vermögen, das, wie ihm bekannt sei, die angegebene Höhe leicht erreichen möge, mit verpfänden werde.

Auf eine Anfrage des Herrn Haessler bemerkte Herr Oberbürgermeister Caspari, daß hinsichtlich der Rückzahlung des Capitals noch keine Bestimmung getroffen sei, und nachdem der Erstere noch einige Bedenken über die Qualität der Verpfändung des Inventars und der Gebäude des Gutes Möddesse geäußert und dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung empfohlen hatte, nahm die Versammlung die Anträge des Magistrats an.

Es kam hierauf

III. eine Proposition des Stadtmagistrats wegen Chaussirung des zwischen der Martini-Kirche und dem Landschaftlichen-Hause belegenen Platzes zur Berathung. In dem betreffenden Schreiben vom 20. v. Mts. wird die große Kostspieligkeit der Neupflasterungen in hiesiger Stadt hervorgehoben, welche es wünschenswerth mache, wenigstens die öffentlichen Plätze zu chaussiren. Zu einem Versuche in dieser Beziehung empfehle sich besonders der bezeichnete Platz, weil dort ein Verkehr mit schwerem Fuhrwerke nicht stattfinde. Die Kosten dieser Chaussirung würden sich nach dem Gutachten des Kreisbaumeisters Götter auf überhaupt 1940  $\text{₰}$  belaufen, wovon auf den allgemeinen Pflasterungsfonds 1165  $\text{₰}$  4 gr 2 Sch fallen würden, eine Summe, welche etwa nur  $\frac{1}{3}$  der Kosten einer ordnungsmäßigen Pflasterung ausmache.

Nach dem Berichte des Herrn Grass hat sich die Baudeputation gegen die Genehmigung dieses Plans ausgesprochen.

Die während der längern Debatte für die Ansicht der Commission sowohl von dem Herrn Berichtersteller, als von den Herren Lissebon, Bautler und Bartels hervorgehobenen Gesichtspunkte waren im Wesentlichen die folgenden:

Die großen Nachtheile der Macadamisirung von Plätzen oder Straßen innerhalb der Stadt beständen, verglichen mit einer ordnungsmäßigen Pflasterung, hauptsächlich in dem größeren Schmutze während des Frühjahrs und Herbstes und in der Staubentwicklung in der heißen Jahreszeit, welche namentlich in der Umgebung einer Kirche, wo fast fortwährend Luftzug herrsche, für die Anwohner höchst lästig sein werde. Vielleicht könnten diese Nachtheile einigermaßen aufgewogen werden durch die angeblich beträchtliche Kostenersparniß; allein es müsse bezweifelt werden, daß diese in der That so groß sei, wie angegeben; um so mehr, als in jedem Frühjahr, namentlich nach starken Frösten, macadamisirte Wege, wie man an jeder Chaussee sehen könne, beträchtlicher Reparaturen bedürften. Zu einem Versuche eigne sich der Platz schon deshalb nicht, weil er fast gar nicht benutzt werde, man daher in ihm die Resultate des neuen Verfahrens nicht genügend beobachten könne. Man mache seine Versuche daher vor den Thoren der Stadt, wo die Belästigung des Publicums eine geringere sein werde.

Von anderer Seite, namentlich von den Herren Oberbürgermeister Caspari, Kronheim, Desterreich, Uhde, Häusler, Meyer und Reuter wurde auf diese Bedenken erwidert:

In der That sei der Hauptvorzug des vorgelegten Planes die bedeutende Kostenersparniß. Es werde wohl nicht bezweifelt werden können, daß der Platz in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit, welche die Passage kaum zulasse und zum allgemeinen Standale gereiche, nicht gelassen werden dürfe. Eine ordnungsmäßige Neupflasterung würde aber bei der geringen Benutzung desselben unverhältnißmäßige Kosten verursachen; man möge sich nur erinnern; daß die Pflasterung des Altstadtmarktes den dreijährigen Betrag der für Neupflasterungen ausgeworfenen Summe in Anspruch genommen habe. Es bleibe mithin nichts übrig, als die Chausfirung, welche mit einer weit geringern Ausgabe, nicht einmal einem Drittel der Pflasterungskosten, bestritten werden könne. Nach einem frühern Gutachten des Kreisbaumeisters Götter koste nämlich die Ruthe Pflasterung von rechteckigen Steinen 50  $\text{fl}$  und darüber, von schiefeckigen Steinen 40  $\text{fl}$  und darüber, während man für Begrandung und Chausfirung höchstens 15  $\text{fl}$  pro Ruthe berechnen könne. — Die Besorgnisse der Baudeputation hinsichtlich der Nachtheile einer Macadamisirung seien nun aber offenbar übertrieben. Es werde überhaupt nicht beabsichtigt, belebte Straßen oder frequentere Plätze zu chausfieren, die Maßregel solle sich vielmehr nur auf solche Plätze beziehen, welche mehr ablegen seien und namentlich von schwerem Fuhrwerk nicht befahren würden, und die Anwendung der beabsichtigten Maßregel beim Schloß- und Tummelplätze, welche zu dieser Kategorie gehörten, habe erhebliche Nachtheile nicht gezeigt. Ähnlich verhalte es sich nun auch mit dem jetzt in Frage stehenden Place. Da die an den Seiten befindlichen Fahrbahnen gepflastert bleiben würden, so beziehe sich die Maßregel nur auf den Theil des Places, der für den Verkehr, namentlich mit Wagen sehr wenig benutzt werde. Die befürchteten Nachtheile würden, wenn besonders gutes Material angewendet werde, nicht eben beschwerlich werden, und was die angeblich bei allen Chausseen im



Frühjahre nothwendigen Reparaturen betreffe, so seien dieselben in der Regel nur da erforderlich, wo Steigungen sich befänden und viel schweres Fuhrwerk die Straße benutze. Die etwaige Staubentwicklung ferner, welche obenein kaum erheblicher sich ergeben werde, als bei einem nicht ganz besonders gut gepflasterten Plage, falle hier nur sehr wenigen Privatleuten zur Last, da der Platz ja ringsum von öffentlichen Gebäuden umgeben sei. Endlich könne man denselben auch nicht als einen zu einem Versuche ungünstig ausgesuchten Platz bezeichnen, eben weil man beabsichtige, die proponirte Maßregel nur bei abgelegeneren Plätzen, wie dieser sei, zur Anwendung zu bringen.

Bei der Abstimmung nahm die Versammlung den Antrag des Magistrats an, empfahl aber demselben zugleich zur Berücksichtigung einen Antrag des Herrn Bartels, dahin gehend:

den der Chauffirung zu unterwerfenden Theil des Platzes für den Verkehr mit Wagen abzuschließen und mit Bäumen zu umpflanzen.

Es berichtete hierauf

IV. Namens der Baudeputation Herr Grass über den in einem Magistrats-Schreiben vom 26. März dieses Jahrs proponirten Ankauf des das Seitengebäude des Altstadt-Rathhauses, die vormalige Messgalerie, von dem angrenzenden Redenschen Hintergebäuden trennenden Brandgiebels. Derselbe gehöre, wie eine sorgfältige Untersuchung des Stadtbaumeisters ergeben habe, zu dem letztgenannten, jetzt von dem Dr. med. Fricke angekauften Grundstücke, und da der letztere das fragl. Seitengebäude abreißen lassen wolle, so sei, um den Neubau eines Giebels zu ersparen, unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung, mit demselben ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß das Eigenthum des Giebels nebst dem Grund und Boden, auf welchem derselbe ruhe, gegen eine Zahlung von 260  $\text{fl}$  an die Stadt käuflich überlassen werde. Diese Summe sei als diejenige ermittelt, welche zur Herstellung eines außen mit Ziegeln behängten und mit Lehmsteinen ausgemauerten Fachwerkgiebels erforderlich sei und zugleich den Werth des abzutretenden Grund und Bodens repräsentire. Die Commission, welche den vorgetragenen Gründen ihre Beistimmung ertheilen müsse, beantrage daher:

die Versammlung wolle zu dem beabsichtigten Ankauf des Giebels ihre Zustimmung ertheilen und den Stadtmagistrat zur Zahlung der berechneten 260  $\text{fl}$  aus städtischen Mitteln ermächtigen.

Die Versammlung trat dieser Proposition nach kurzer Besprechung bei.

V. Herr Födel referirte hiernächst Namens der Finanz-Commission über einen im Schreiben vom 5. März d. Jrs. enthaltenen Magistrats-Antrag auf Nachbewilligung der zur Befreiung der Kosten für außergewöhnliche Reinigung der Straßen und Plätze von Schnee und Eis in den Monaten Januar und Februar d. Jrs. über die etatmäßigen 200  $\text{fl}$  mehr verausgabten 418  $\text{fl}$  15  $\text{gr}$  4  $\text{A}$ .

Die Proposition wurde ohne Debatte von der Versammlung genehmigt.

Es folgte

VI. eine Anfrage des Herrn Grass an die in der Versammlung gegenwärtigen Mitglieder des Stadtmagistrats. Nach einer frühern Erklärung des Herrn Oberbür-

germeisters Caspari habe man annehmen müssen, daß der von dem Herrn Stadtbaumeister Tappe am Collegio Carolino ertheilte Unterricht nur bis Ostern d. Jrs. fortbauern werde. Dessenungeachtet seien in dem kürzlich veröffentlichten Lections-Kataloge dieser Anstalt auch für das laufende Sommer-Semester wieder Vorlesungen des genannten Herrn angekündigt. Er bitte um Aufklärung hierüber und gebe zu berücksichtigen, daß, namentlich sobald die städtische Bau-Ordnung in's Leben getreten sein werde, diese Nebenbeschäftigung des Stadtbaumeisters ohne Nachtheile für die städtischen Interessen nicht fortgesetzt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwiderte hierauf: Allerdings sei die Absicht gewesen, daß der von Herrn Tappe am Collegio Carolino ertheilte Unterricht mit Ostern d. J. aufhören solle. Allein nach einer Mittheilung des Vorstandes der technischen Abtheilung der Anstalt, Herrn Schulrath Uhde, sei es bisher nicht gelungen, eine angemessene Bekehrkraft an die Stelle des Stadtbaumeisters zu gewinnen. Der Stadtmagistrat habe daher seine Zustimmung zur Fortdauer des bisherigen Verhältnisses für das Sommer-Semester ertheilen müssen und um so eher ertheilen können, als das Inslebentreten der Bauordnung, welche von dem Herzoglichen Staatsministerium der Baudirection zum Berichte mitgetheilt worden, für's Erste nicht zu erwarten sei.

Es wurde sodann

VII. dem Herrn Bantler das Wort ertheilt, behuf Begründung seiner, die Leitung des Wasserlaufs der hiesigen Okerkanäle betreffenden Anträge. Diese, welche der Herr Antragsteller mit einer ausführlichen Motivirung begleitete, gehen dahin: die Versammlung wolle beschließen, den Wohlblöblichen Stadt-Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen:

- 1) ob und in welchem Grade die Neustadtmühle berechtigt sei, sich des Wassers des Okerflusses überhaupt oder vorzugsweise zu bedienen;
- 2) ob und welche Verabredungen oder Uebereinkünfte getroffen seien, daß den die Stadt durchschneidenden Okerkanälen das Wasser unbehindert zugeführt und auch den Wasserkünsten gesichert werde;
- 3) ob und welche Controlle Seitens der städtischen Behörden stattfinde, daß diese Verabredungen pünktlich inne gehalten werden.

In der den Anträgen vorausgeschickten Begründung derselben hob der Herr Antragsteller zunächst die Wichtigkeit dieser, von einem andern Mitgliede der Versammlung in der letzten Sitzung bereits zur Sprache gebrachten Frage hervor. Durch die Anlage der Neustadt-Mühle sei das Wasser der Okerkanäle den inneren städtischen Bedürfnissen gewaltsam entzogen, und eine Untersuchung der diese Mühle betreffenden Rechtsverhältnisse erscheine um so angemessener, als bei Ausführung der beabsichtigten Central-Wasserkunst höchst wahrscheinlich Collisionen mit den Verwaltern oder Begünstigern der Neustadt-Mühle nicht zu vermeiden sein würden. — Nach einem historischen Rückblicke auf die Entstehung der aus älterer Zeit stammenden Anlagen behuf Vertheilung des Flußwassers über alle Theile der Stadt, und einer Erinnerung, an diesen, so höchst zweckentsprechenden, namentlich vor Ueberfluthungen schützenden Vorrichtungen nicht vorzeitig rütteln zu wollen, wandte sich der Antragsteller zu einer Besprechung der Neustadt-Mühle im Besondern. Daß dieselbe welche als Central-Mahlmühle die alten Mühlen habe ersetzen sollen, und bei deren Anlegung verheißsen sei,

sie werde zu allen, selbst den trockensten Zeiten den Bedarf für die Stadt im ausreichendsten Maße liefern, das Versprochene nicht leiste, darüber bedürfe es, nachdem die öffentliche Stimme längst geurtheilt, einer Ausführung seinerseits nicht, und wenn in dieser Beziehung kaum etwas Anderes übrig bleibe, als auf Abschaffung des Mahlzwinges geeigneten Ortes zu wirken, so liege doch dieser Versammlung, als der Vertreterin der Bürgerschaft unzweifelhaft die Pflicht ob, die Nachtheile abzuwenden, welche diese verfehlte Anlage für die gesammte Bürgerschaft im Gefolge habe oder haben könne, und das Recht zu wahren, welches der Bürgerschaft in Betreff der Benutzung des Wassers zustehe! — Diese Nachtheile nun beständen darin, daß, weil die Neustadt-Mühle behuf ihres Betriebes, namentlich in trockenen Jahren, jedes Tropfens Wassers bedürfte, den inneren Ockerkanälen das Wasser entzogen, dadurch die an denselben betriebenen und auf die Benutzung desselben angewiesenen Gewerbe lahm gelegt und die daselbst befindlichen Grundstücke entwerthet; daß die Kanäle in Kloaken umgewandelt, die Wasserkünste für den Hausbedarf außer Thätigkeit gesetzt und ihre Wichtigkeit für eintretende Feuersbrünste fast illusorisch gemacht; endlich daß durch möglichste Aufstauung des Wassers an den Schleusen dieses zum Stagniren gebracht und dadurch die Luft in der Nachbarschaft verpestet werde. — Mit vollem Rechte habe man daher im Publikum die Frage aufgeworfen nach der Rechtmäßigkeit einer Einrichtung, welche zu Gunsten der, für die Stadt verhältnißmäßig unvortheilhaften Centralmühle die seit Jahrhunderten bestehenden und bewährten Anstalten über den Haufen werfe; und wenn man auch annehmen wolle, daß die Rechte der sämmtlichen früheren Mühlen auf die Neustadtmühle übergegangen seien, so müsse man doch das Recht der Stadt und der Bürgerschaft als ein mindestens eben so altes und begründetes bezeichnen, als jene Berechtigung der Mühlen. Unter diesen Umständen werde es dann wohl keine Unmöglichkeit sein, eine Vereinbarung zu erreichen, durch welche den gerügten Uebelständen abgeholfen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Verfehltheit der Anlage der Neustadt-Mühle sich noch mehr manifestiren würde, als dies bereits geschehen sei. —

Die vorstehenden Anträge wurden von dem Herrn Vorsitzenden unter Zustimmung der Versammlung der rücksichtlich der allgemeinen städtischen Wasserleitung bestehenden Commission überwiesen, worauf Herr Lissebon noch dem Herrn Antragsteller seinen Dank aussprach, daß er die von ihm neulich angeregte Frage so bald und sachgemäß in Angriff genommen habe.

Nachdem in vertraulicher Sitzung eine Steuer-Reclamation erledigt war, und sodann Herr Aronheim noch

VII. die schlechte Beschaffenheit des vor dem Hohenthore belegenen Madamenweges, eines Interessentenweges, zur Sprache gebracht und die Aufsichtsbehörde um Abstellung ersucht hatte, fragte

IX. Herr Bantler schließlich an, ob die Mitglieder des Magistrats von einem in der Deutschen Reichs-Zeitung vom 12. April d. J. befindlichen Schreiben an denselben, die Neupflasterung am Gutfiltern betreffend, Kunde genommen und ob eine Beantwortung dieses Schreibens beabsichtigt werde.

1795 Herr Oberbürgermeister Caspari erwiderte hierauf: Allerdings habe der Stadt-Magistrat von diesem Schreiben Kunde genommen; eine Beantwortung desselben werde aber selbstverständlich nicht erfolgen, da der von dem Brieffschreiber gewählte Weg, beim Magistrate Anträge zu machen, ein ungehöriger sei, und diese Behörde viel zu thun haben werde, wenn sie auf jeden anonymen Zeitungs-Artikel wieder in den Zeitungen eine Antwort folgen lassen wollte.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Mai 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Bode, Fabricius, Födel und Niemeyer; ohne Entschuldigung abwesend Herr Meyer. Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 18. April d. J. verlesen und genehmigt war, ertheilte der Herr Vorsitzende zunächst

I. das Wort an Herrn Bantler, beauf einer Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister Caspari. Herr Bantler bemerkte: bisher hätten sich, wie er gehört, noch keine Unternehmer gefunden, welche den Bau der Festzelte, auf dem kleinen Exercierplatze für die Zeit der Feier des tausendjährigen Jubiläums unsrer Stadt zu übernehmen willens wären. Da er der Ueberzeugung sei, daß die Errichtung solcher Zelte oder Buden unumgänglich sei, und daß die Stadt, nachdem einmal das Fest zu den großartigsten Dimensionen herangewachsen, für einen so wesentlichen Hauptpunkt keine Kosten scheuen dürfe, so erlaube er sich die Anfrage, ob in dieser Hinsicht schon Beschluß gefaßt sei, und wolle andernfalls die Angelegenheit der Versammlung zur Befürwortung empfohlen haben.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwiderte: er halte es nicht für zweckmäßig, in dieser Weise einzelne Theile der für das Fest erforderlichen oder wünschenswerthen Anordnungen hier zur Besprechung oder gar Abstimmung zu bringen; es bestehe ja eine besondere Commission, in welcher auch diese Versammlung vertreten sei, und in welcher der angeregte Gegenstand im Zusammenhange mit den sonstigen Veranstaltungen berathen werde, und viel besser berathen werden könne, als hier; hier gefaßte Beschlüsse über Einzelheiten würden daher von zweifelhaftem Werthe sein. Was den beantragten Bau von Festhütten auf Kosten der Stadt betreffe, so müsse er bemerken, daß die Voranschläge für dieselben sehr hoch seien; indessen könne der Herr Antrag-

steller überzeugt sein, daß alle Anordnungen, die in der That durch die Ehre und Würde der Stadt erfordert, bei der Feier des Festes auch getroffen werden würden, und wenn es sich auch von selbst verstehe, daß die Stadt nicht in der Lage sei, eine so große Summe für die Feier zu verwenden, wie etwa die Stadt München bei gleicher Gelegenheit verausgabte, so sei doch die Betheiligung der Stadt an den Kosten keineswegs auf die im diesjährigen Etat extraordinär ausgeworfene Summe beschränkt.

Die Herren Kronheim und Reuter erklärten ihre Zustimmung zu der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters hinsichtlich der Unzweckmäßigkeit der angeregten Berathung, bezeichneten es jedoch als äußerst wünschenswerth, daß sobald als möglich der Versammlung aus den Berathungen der Fest-Commission Bericht erstattet werde, und der Herr Vorsitzende versprach, zu diesem Zwecke baldthunlichst eine Versammlung der Mitglieder derselben zu veranlassen.

Es wurde hierauf

II. der vom Stadt-Magistrate beantragte Zuschuß zu den Kosten der Auswanderung einer in der Besserungsanstalt zu Bavern detinirten Person mit 25  $\text{fl}$  aus städtischen Mitteln bewilligt.

Sodann erfolgte

III. ein Bericht des Herrn Uhde als Berichterstatters der Finanz-Commission und der Baudeputation über den der Versammlung durch Magistratschreiben vom 7. April d. J. vorgelegten Plan zur fernern Restaurirung des Neustadt-Rathhauses. Nach diesem, von dem Stadtbaumeister Tappe entworfenen Plane sollen im ersten Hauptgeschosse des Hauses hauptsächlich die Localitäten für das städtische Archiv und die neu zu begründende Bibliothek, im zweiten Hauptgeschosse mehrere Nebenzimmer des großen Hauptsaaes und des Stadtverordneten-Sitzungszimmers zum Zwecke eines Museums ic. vorgerichtet werden, während die Wohnung des zum Schutze des Hauses, der darin befindlichen Sammlungen und hauptsächlich der Stadtkasse nöthigen Hauswärters im westlichen Gebäudetheile, zu ebener Erde und in einem vorhandenen Zwischengeschosse neu herzustellen wäre. Die Kosten dieser sämtlichen Bauten sind nach dem beigefügten Kostenüberschlage auf 9800  $\text{fl}$  veranschlagt, und wie dieselben auf die Jahre 1861 bis incl. 1864 vertheilt werden sollen, so wird für das laufende Jahr eine Verwendung von pppt. 1500  $\text{fl}$  erforderlich. Mit Bezugnahme darauf, daß die Stadtverordneten bereits bei Gelegenheit der Instandsetzung des großen Saaes den fernern Ausbau des Neustadt-Rathhauses behuf Aufnahme der Bibliothek und des Museums beschlossen haben, daß im Etat für dieses Jahr bereits 2000  $\text{fl}$  zu diesem Zwecke ausgeworfen sind, daß die allerdings nicht unbeträchtliche Ausgabe sich auf mehrere Jahre vertheilen läßt, und daß behuf Ausführung des Baues die Kündigung des mit der hiesigen Steuer-Verwaltung abgeschlossenen Mietvertrages erforderlich wird, beantragt der Stadt-Magistrat:

- 1) den von dem Stadtbaumeister Tappe für die Restauration des Neustadt-Rathhauses entworfenen Plan im Allgemeinen zu genehmigen;
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß im Laufe dieses Jahres die für das Jahr 1861 projectirten, am Schlusse des Berichts sub 1. a. bis d. ausgeführten Arbeiten zur Ausführung gebracht werden;
- 3) zu genehmigen, daß der mit dem Herzoglichen Haupt-Steuer-Amte wegen des Neustadt-Rathhauses abgeschlossene Mietcontract aufgekündigt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Uhde haben sich beide Commissionen mit dem vorgelegten Plane im Ganzen einverstanden erklärt, und wenn auch die Kosten ziemlich beträchtlich seien, so müßte man doch, nachdem man die Sache gewollt, auch die Mittel dafür bewilligen. Nur sei man in den Commissionen der Ansicht gewesen, daß durch Ausschreibung einer Concurrenz unter den tüchtigsten Werkmeistern manche Posten des Voranschlages billiger herzustellen seien, und habe es für wünschenswerth angesehen, wenn die Vertheilung der Bauten auf die einzelnen Jahre lediglich dem Ermessen des Stadtmagistrats, der dann auf die jedesmal vorhandenen Geldmittel besondere Rücksicht nehmen könne, überlassen werde.

Herr Grass als Mitglied der Bau-Deputation ist freilich der Meinung, daß die beabsichtigte Restauration schwerlich mit der im Voranschlage bezeichneten Summe herzustellen sein werde, namentlich da die Kosten der Herstellung der äußeren Fagaden in derselben nicht mit begriffen seien; allein die Baudeputation habe ihre Zustimmung doch ertheilen müssen, weil die beabsichtigten Aenderungen durchaus erforderlich und zum Theil bereits durch Beschluß der Versammlung festgesetzt seien. Auch er empfehle daher der Versammlung die Annahme sämtlicher Propositionen, jedoch mit Vorbehalt der von dem Herrn Berichterstatter bezeichneten Modificationen.

Herr Lissebon, welcher die beabsichtigten Bauten als äußerst vortheilhaft bezeichnet, wünscht schleunige Vornahme derselben und erklärt daher den Commissions-Antrag, dem Stadt-Magistrate die Vertheilung des Einzelnen auf die verschiedenen Jahre lediglich zu überlassen, für das Zweckmäßigste.

Die Versammlung genehmigte hierauf sämtliche Propositionen mit dem Zusaze:

- 1) daß die Vertheilung des Baues auf die einzelnen Jahre lediglich dem Ermessen des Stadtmagistrats überlassen, und
- 2) demselben der Wunsch ausgesprochen werde, daß wo thunlich die Ausschreibung einer Concurrenz unter den tüchtigsten hiesigen Werkmeistern rücksichtlich der Ausführung der Bauten erfolgen möge.

Ferner wurden

IV. zur Vertretung der Stadt in dem laut Schreibens des Stadtmagistrats vom 30. April d. J. auf den 28., 29., 30. und 31. August d. J. angeordneten diesjährigen Militair-Aushebungstermine die Herren Quenstedt und Helfft, und zu ihrem Stellvertreter Herr Rischbieter mittelst Abstimmung erwählt.

Hierauf berichtete

V. der Herr Vorsitzende namens der Statuten-Commission über ein durch ein Gesuch der Verwaltungs-Deputationen der sämtlichen hiesigen Weide-Interessenschaften vom 27. April d. J. veranlaßtes Magistrats-Schreiben vom 6. Mai ejusd., die zufolge der Specialtheilung den hiesigen Reihenhäusern zugefallenen Pertinenzgrundstücke betreffend.

Nach diesem Schreiben haben sich die bezeichneten Verwaltungs-Deputationen, theils wegen des unvortheilhaften Einflusses, den die Pertinenzqualität der fraglichen Grundstücke auf den Werth und die Benutzbarkeit derselben hat, theils wegen der Weitläufigkeit der Berichterstattung über jeden einzelnen Verkauf, für Aufhebung dieser Qualität und völlige Freigebung der Veräußerungs-Befugniß ausgesprochen, und der Stadtmagistrat, welcher die Versammlung um Mittheilung ihrer Ansicht über diese Frage ersucht, hat sich dahin erklärt, daß er selbst unbedingt für völlig freie Veräußerungs-Befugniß an hiesige Einwohner stimmt und nur darüber

zweifelhaft ist, ob es gut sei, auch den Verkauf an Auswärtige ohne Weiteres zu gestatten, Letzteres theils deshalb, weil es manche Bedenken habe, den Grundbesitz der hiesigen Einwohner zu vermindern, besonders aber, weil die Verwaltung der Deputationen der Feldmark-Interessenschaften sehr erschwert werde, wenn dieselben die zu leistenden Beiträge von vielen Auswärtigen einfordern müßten.

Der Herr Referent entwickelte zunächst, daß von der gesetzlich feststehenden Bestimmung (§. 21 der B. D. v. 26. März 1823, Nr. 10; §. 175 der Gemeinheits-Teilungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834; Minist. Rescr. v. 3. Mai 1842 und v. 10. Febr. 1844), nach welcher die durch die Specialtheilungen den einzelnen Reihenhäusern zugefallenen Grundstücke als Pertinenzien derselben anzusehen seien, in neuerer Zeit auf dem Wege der Dispensation zwar vielfach Abstand genommen, bei den Dispensationen jedoch immer verlangt sei, daß das zu veräußernde Grundstück einem in demselben Interessenschafts-Bezirk belegenem Hause als Pertinenz wieder beigelegt, und dann auf das Letztere alle Rechte und Pflichten aus dem früheren Nexus übertragen würden.

Nach der Ansicht der Commission sei nun das Gesuch der Verwaltungs-Deputationen in jeder Weise zu befürworten, theils aus den in demselben angeführten Gründen, theils weil ja doch nur der kleinste Theil der bisherigen Pertinenz-Ländereien wirklich von den Eigenthümern der dazu gehörigen Reihenhäuser selbst benutzt werde. Auch gegen das Bedenken des Stadtmagistrats müsse man sich aussprechen, weil man doch den Uebergang der Grundstücke aus Auswärtige durch Erbgang nicht verhindern könne, und nur ein geringer Theil derselben, höchstens die an den Grenzen gelegenen, eine vortheilhafte Benutzung durch Nichtstädter zulasse; und hinsichtlich der Schwierigkeit der Einsammlung der Interessenschafts-Beiträge werde es genügen, fremden Erwerbern die Bestellung eines Mandatars in hiesiger Stadt, etwa bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe, aufzuerlegen. Die Commission beantrage daher:

die Aufhebung der Pertinenzqualität und völlige Freigebung der Veräußerungs-Befugniß, wie sie von den Deputationen beantragt, zu befürworten, jedoch anheim zu geben, daß bei Erlass der erforderlichen gesetzlichen Bestimmung die Anordnung getroffen werde, daß jeder auswärtig wohnhafte Erwerber eines ehemaligen Pertinenzgrundstücks gehalten sei, bebus Erleichterung der Beitreibung der Interessenschafts-Kosten in hiesiger Stadt einen Bevollmächtigten zu bestellen.

Nachdem sich Herr Quenstedt für den Commissions-Antrag, jedoch gegen den beabsichtigten Zusatz erklärt hatte, weil, wie die tägliche Erfahrung lehre, es durchaus nicht schwierig sei, die betreffenden Kosten, z. B. durch Vermittelung der Pächter, auch von auswärtigen Eigenthümern zu erlangen, sprach sich auch

Herr Oberbürgermeister Caspari dahin aus, daß die Verpflichtung zur Bestellung eines Mandatars ihm unzweckmäßig erscheine, weil schon die Controllirung dieser Vorschrift viel Weitläufigkeiten machen würde, dann aber auch, weil die Grundstücke selbst für die fraglichen Beiträge haften, wogegen eine Haftung derselben auch für die Ordnungsstrafen Bedenken haben möge.

Der Herr Vorsitzende erklärte hierauf, daß nach dieser Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters die Commission auf ihren Zusatz-Antrag, auf welchen sie durchaus keinen Werth lege, der vielmehr nur durch die in dem Propositionsschreiben ausgesprochenen Bedenken veranlaßt sei, verzichte.



Auf Anregung des Herrn Duenstedt beschäftigte sich die Versammlung sodann ferner noch mit der Frage, ob die in einem Ministerial-Rescripte vom 10. Februar 1844 getroffene und bei Gelegenheit der Dispensationen immer beobachtete Bestimmung:

daß in Folge der Veräußerung des Pertinenzlandes der Nerus, in welchem bisher das Reihnhaus zu der Gemeinde in Beziehung auf dieses Grundstück gestanden, gänzlich aufgehoben sei; daß dagegen dieser Nerus mit der Acquisition eines Abfindungsgrundstücks *eo ipso* als auf dasjenige Haus übergegangen angesehen werden solle, mit welchem das Grundstück als Pertinenz vereinigt werde, angemessen sei, und wie sich nach erfolgter Aufhebung der Pertinenzeigenschaft der fraglichen Grundstücke dies Verhältniß gestalten werde.

Im Laufe der Debatte, an welcher sich die Herren Duenstedt, Kronheim, Caspari, Flagge, Lissebon, Rischbieter, Desterreich, Uhde, Bartels, Häusler und Nieß theilnahmen, sprach sich die Ansicht der Versammlung einmüthig dahin aus, daß die im Ministerial-Rescripte getroffene Bestimmung nicht zu billigen sei, weil sie die durch die Specialtheilungen keineswegs in jeder Hinsicht erledigten Rechte an den Gemeinheiten — welche, da Bestandtheile des Vermögens derselben noch ungetheilt verblieben, nicht unwesentlich seien — und Pflichten gegen die Gemeinheiten nicht als der Hauptsache, dem Reihhause, zuständig ansehe, sondern mit dem Verkaufe der Nebensache auf diese letztere übergeben lasse; daß daher, wenn gleich für den Fall der absoluten Aufhebung der Pertinenzeigenschaft dieser Grundstücke es selbstverständlich erscheine, daß obige Rechte den Häusern, und die von diesen völlig unabhängige Beitragspflicht zu den Wegekosten den Abfindungsländereien verblieben, auch in den Veräußerungs-Contracten wohl immer über diesen Punkt Vor- sorge werde getroffen werden, doch eine Abänderung der in dem Ministerial-Rescripte enthaltenen Bestimmung im Wege der Gesetzgebung wünschenswerth sei.

Die Versammlung nahm schließlich einstimmig den Commissions-Antrag: das Gesuch der Verwaltungs-Deputationen in jeder Hinsicht zu befürworten, aus den vorstehenden Gründen an.

Der Herr Vorsitzende machte ferner

VI. namens der Statuten-Commission Mittheilung aus einem Magistratschreiben vom 21. Mai d. J., in welchem auf Grund eines Antrages der Herzogl. Polizei-Direction hieselbst die Stadtverordneten-Versammlung aufgefordert wird, ihre Zustimmung zu einigen Aenderungen des »Reglements für das Droschkenfuhrwesen in Braunschweig vom 31. März 1852« und der demselben angehängten »Fahrtare« zu ertheilen.

Die beantragten Aenderungen des Reglements selbst sind die Folgenden:

1) den §. 11. folgendermaßen zu fassen:

»Die Unternehmer sind verpflichtet, ihre Fuhrwerke während des ganzen Tages von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends auf den Warteplätzen aufzustellen; es bleibt denselben jedoch unbenommen, nicht allein Morgens vor der bemerkten Zeit auf den Haltplätzen sich einzufinden, sondern auch Abends über die gedachte Stunde hinaus dort halten zu bleiben.«

2) den §. 12 bis auf den Schlusssatz:

»Werden Pferde auf den Halteplätzen gefüttert, so darf dies nur aus vorzuhängenden Futterfäcken geschehen.«

zu streichen, und diesen Schlusssatz dem §. 13 anzuhängen, so daß dann zur Randbemerkung des letztern »Halteplätze« die Worte »und Fütterung da selbst« hinzuzusetzen seien;

3) den §. 14 zu streichen;

4) dem §. 15 folgende Fassung zu geben:

»Die auf dem Bahnhofe und vor dem Schauspielhause aufzustellenden Droschken wechseln nach einer von Herzoglicher Polizei-Direction zu bestimmenden Reihenfolge. Die an der Reihe befindlichen Droschken müssen mindestens 10 Minuten vor dem angekündigten Ende des Schauspiels oder der zu erwartenden Ankunft des Eisenbahnzuges zur Stelle eintreffen und dürfen vor Ankunft des Bahnzuges resp. vor Beendigung des Schauspiels nicht leer wegfahren.«

5) den §. 19 zu streichen, und

6) im §. 29 den Schlusssatz:

»sie müssen vielmehr auf ihren Kutschböcken sitzen bleiben.«  
wegfallen zu lassen.

Diese sämtlichen Aenderungs-Vorschläge wurden von der Versammlung ohne Weiteres genehmigt.

Nach dem fernern Antrage des Stadtmagistrats soll die Fahr-Taxe, mit Aufhebung der früheren Unterscheidungen — ob nämlich 1, 2, 3 oder 4 Personen fahren, ob bei Fahrten auf Zeit bis 15 Minuten die Fahrt innerhalb der Stadthore oder über die Barrieren hinaus, von und nach der Eisenbahn, oder nicht, erfolgt — dahin vereinfacht werden, daß

1) für jede Fahrt innerhalb der Stadthore oder über die Barrieren hinaus bei einer Fahrzeit von:

a. bis 15 Minuten für 1 und 2 Personen 5  $\mathfrak{g}$

b. » 30 » » 1 » 2 » 7 » 5 »

c. » 45 » » 1 » 2 » 10 » — »

d. » 1 Stunde » 1 » 2 » 15 » — »

e. » 2 » 3 » 4 » 20 »

2) bei Fahrten nach folgenden Ortschaften:

a. nach Gliesmarode, Lehdorf, Delper

für 1 und 2 Personen 10  $\mathfrak{g}$  und

» 3 » 4 » 15 »

b. nach dem Wendenthurme, dem Schöppenstedterthurne, Kibbaggshausen, dem Grünen-Jäger, dem v. Pavel'schen Holze, nach Kl. Stöckheim incl. Weghaus, nach Rüningen, Broißem, Querum und dem Raffthurne

für 1 und 2 Personen 12  $\mathfrak{g}$  5  $\mathfrak{g}$

» 3 » 4 » 20 » — »

ferner

- 3) für 1 Koffer . . . . . 1  $\mathcal{H}$  5  $\mathcal{R}$   
 » 2 » . . . . . 2 » 5 »  
 » 3 » . . . . . 4 » — »  
 » 4 » . . . . . 5 » — »

berechnet werden; auch daß dieser letztern Position die Bemerkung hinzugefügt werden solle:

- 4) »Für kleineres Gepäck, als Hut-Futterale, Nachtsäcke und dergl. wird eine Vergütung nicht gezahlt.«

Auch diese Aenderungs-Anträge werden von der Commission zur Annahme empfohlen, jedoch mit der Modification, daß ad 1. b. die Tare für eine Fahrt bis 30 Minuten bei 3 und 4 Personen statt auf 10  $\mathcal{H}$  auf 11  $\mathcal{H}$  festgesetzt, und in dem Zusaß ad 4. statt »Nachtsäcke« gesagt werde »kleines Handgepäck und dergl.«

Die Versammlung erklärte denn auch ihre Zustimmung zu diesen Aenderungen mit Einschluß der von der Commission bezeichneten Modificationen. —

In vertraulicher Sitzung beschäftigte sich die Versammlung schließlich mit einer Reihe von Gesuchen um die Ertheilung des Wohnortsrechts und ähnlichen An-  
 gelegenheiten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Juni 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Fabricius, Südel, Kloss, Nieß, Nothdurft und Uhde; abwesend ohne Entschuldigung ist Herr Flagge.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. Mai d. J. berichtete

I. der Herr Vorsitzende über ein Magistrats-Schreiben vom 7. Juni d. J., in welchem proponirt wird, zu dem Verkaufe eines Wiesen-Abfindungsplans von 45 □ Ruthen Größe, welcher zu dem acquirirten Volkmar'schen Hause auf der Reichenstraße gehört und bisher 1  $\mathcal{P}$  bis 1  $\mathcal{P}$  10  $\text{g}$  Pacht gegeben, für die Summe von 30  $\mathcal{P}$ , welche dafür geboten und welche angemessen sei, die Zustimmung zu ertheilen.

Nachdem die Herren Degen er, Lisse bon und Quenstedt den angegebenen Kaufpreis als einen anscheinend zu geringen bezeichnet, Herr Oberbürgermeister Caspari aber auseinandergesetzt hatte, daß derselbe den bei öffentlich meistbietenden Verkäufen ähnlicher Abfindungspläne kürzlich erzielten Preisen entspreche, beschloß die Versammlung auf den Antrag des Herrn Kronheim:

an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, in diesem, wie in allen ähnlichen Fällen den öffentlich meistbietenden Verkauf solcher Grundstücke veranlassen zu wollen.

Sodann theilte der Herr Vorsitzende II. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. Juni d. J. mit, in welchem der Versammlung mit Beziehung auf die Verhandlung in der letzten Sitzung das Programm für das in diesem Jahre zu begebende tausendjährige Jubelfest der Gründung Braunschweigs, wie solches von dem Fest-Comité aufgestellt sei und auch im Allgemeinen



die Zustimmung des Stadtmagistrats erhalten habe, zugestellt und sich dahin ausgesprochen wird, daß es zweckmäßig, ja selbst nothwendig sei, die Einrichtung der einzelnen Festlichkeiten — über welche der Stadtmagistrat, da die Vorarbeiten noch nicht beendet, bestimmtere Mittheilungen noch nicht machen könne — dem Comité zu überlassen, so daß den städtischen Behörden nur die Entscheidung wegen der zu verwendenden Geldbeträge vorbehalten bleibe. Zugleich enthält das Schreiben die Benachrichtigung, daß Se. Hoheit, der Herzog Wilhelm, die Darbringung der Serenade am Nachmittage des 19. August bereits zu genehmigen geruhet habe; daß zu dem Feste eine Erinnerungs-Medaille geprägt werden solle, welche der Stadt jedoch keine weiteren Kosten verursachen werde, als die Bezahlung der von der Stadt zu Geschenken anzufahrenden Exemplare; daß es die Absicht sei, am 22. August Nachmittags auf dem Exercierplatze ein Kinderfest zu veranstalten, und daß man sichere Aussicht habe, für die fremden Gäste und Deputationen eine freie Fahrt auf der Eisenbahn nach Harzburg zu erwirken.

Nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden stimmt auch die von der Versammlung gewählte Commission der im Programme vorgeschlagenen Ausführung des Festes zu und kann, schon um Conflite mit dem s. g. großen Comité — welches ja nicht bloß aus Mitgliedern der städtischen Behörden bestehe — zu vermeiden, eine eingehende Berathung der einzelnen Bestimmungen nicht empfehlen. Was dagegen den bei Einsetzung des Comité's vorbehaltenen Geldpunkt betreffe, so müsse die Commission sich gegen die Ansicht des Stadtmagistrats — nach welcher die Entscheidung über die zu verwendenden Geldbeträge vorbehalten bleiben solle — erklären, da, wenn die Ausgaben für das Fest ohne vorherige bestimmte Beschränkung einmal gemacht seien, ein Nein der Versammlung zu spät komme und faktisch illusorisch sein würde. Vielmehr gebe die Commission der Versammlung anheim, den Maximal-Betrag der für das Fest aus städtischen Mitteln zu bewilligenden Summe zu bestimmen und den Stadtmagistrat zu ersuchen, diesen bei den ihm von den einzelnen Comité's vorzulegenden Plänen in Berücksichtigung zu ziehen.

Herr Kellner, als Mitglied der Commission, proponirte hierauf, diesen Maximal-Betrag auf 15,000  $\text{M}$  festzustellen.

Herr Aronheim sprach zunächst seine Ansicht dahin aus, daß zwar die Versammlung zweckmäßiger Weise in die Berathung des Details der Festeinrichtungen sich nicht einzulassen könne, dieselbe aber jedenfalls das Recht in Anspruch nehmen müsse, ihre Wünsche auszusprechen und dem Comité zu empfehlen. Ihm scheine es nun, als sei bei dem Programme einer der wesentlichsten Punkte übersehen; er vermisse in demselben jede Andeutung darüber, in welcher Weise bei dem bevorstehenden Feste der Pflicht der Wohlthätigkeit werde Genüge geleistet werden; er gebe daher anheim, ob nicht wenigstens die festliche Speisung der im Pflegehause befindlichen Personen, verbunden mit einer Geldunterstützung an die eingezeichneten Armen, am Platze sei, und empfehle, durch eine öffentliche Aufforderung an die Einwohner Braunschweigs die Geldmittel zu dem vorgeschlagenen Zwecke herbeizuschaffen.

Nachdem Herr Kellner erwidert hatte, daß die Commission bereits in dieser Hinsicht Vorsorge getroffen und eine Feier des Festes im Pflegehause, so wie die Verabreichung einer kleinen Geldunterstützung an die sonstigen eingeschriebenen Armen in den Kosten-Überschlag mit aufgenommen habe, und der Herr Vorsitzende bemerkt hatte, daß das Programm, welches nur die Bezeichnung der an die Öffentlichkeit

tretenden Feierlichkeiten zc. enthalte, nicht wohl die besser im Stillen zu übenden Acte der Wohlthätigkeit mit aufnehmen könne, empfahl Herr Haessler, bei Gelegenheit der Festpredigten in den Kirchen der Stadt eine allgemeine Collecte zu veranstalten, und sprach die Ueberzeugung aus, daß gerade an diesem Tage ein Jeder von nah und fern gern bereit sein werde, nach Kräften auch für die Armuth beizusteuern. Herr Oberbürgermeister Caspari hielt dagegen diesen Weg für nicht unbedenklich, weil eine während der Festtage angeordnete Sammlung leicht der gleich in den nächsten Monat fallenden allgemeinen Armencollecte in den Kirchen der Stadt, auf die der Etat der Armen-Verwaltung mit angewiesen sei, nachtheilig sein könne, und erklärte sich überhaupt gegen eine öffentliche Aufforderung der Einwohner Braunschweigs, da man berücksichtigen müsse, daß das Fest jedem Einzelnen doch schon beträchtliche Kosten verursachen werde.

Die Herren Graß, Duenstedt, Haessler und Kellner, welche in dieser Beziehung noch das Wort ergriffen, empfahlen schließlich die Angelegenheit noch ganz besonders dem Ermessen des Stadtmagistrats.

Ferner trug Herr Reuter, als Mitglied der Commission, hinsichtlich der proponirten Summe zur Erläuterung vor, daß nach dem von dem Comité gemachten Anschlage — welcher indessen selbstverständlich noch nicht völlig erschöpfend sein könne — 5000 ₰ für das auf dem kleinen Exercierplatze zu veranstaltende Volksfest, 1000 ₰ für die bei dem Feste zu verwendende Musik, 1000 ₰ für Bewirthung der Gäste, 1000 ₰ für Ausschmückung zc. des Altstadt-Rathhauses und Marktes, 500 ₰ für Festschriften, 500 ₰ für die Ausgaben hinsichtlich der Medaille, 500 ₰ für Herrichtung und Ausschmückung der Egidienkirche, falls diese benutzt werden würde, 500 ₰ für den Festzug, insbesondere für Unterstützung an einzelne Gilden und 500 ₰ für Speisung der Armen im Pflègehause und Unterstützung der sonstigen eingeschriebenen Armen, berechnet seien, daß das für den letzten Festtag beabsichtigte Kinderfest noch nicht berücksichtigt, daß aber die Commission der festen Ueberzeugung sei, die obigen einzelnen Ansätze würden nicht überschritten, mithin mit der proponirten Gesamtsumme vollständig ausgereicht werden.

Hinsichtlich des Kinderfestes sprachen hierauf die Herren Hellst, Oberbürgermeister Caspari und Lissebon sich gegen die Angemessenheit eines solchen aus, theils gestützt auf die Bedenkllichkeiten, welche einige, namentlich die an den niederen Volksschulen angestellten, Lehrer geäußert, theils weil es besser sei, wenn die Kinder in Gesellschaft mit ihren Eltern — wozu hinreichende Gelegenheit geboten sei — an dem Feste Theil nehmen würden, und man bezweifeln müsse, daß ein solches besonderes Fest denselben wirklich auch eine besondere Freude machen werde, theils endlich wegen der den Eltern dadurch wiederum entstehenden, zum Theil gewiß nicht leicht zu erschwingenden Kosten. Für das Kinderfest traten dagegen die Herren Aronheim und Reuter auf, welche dasselbe, mit Rücksicht auf die Erfahrungen an anderen Orten, für ausführbar bezeichneten und vorzüglich Gewicht darauf legten, daß durch ein besonderes Fest die Erinnerung an eine so patriotische Feier in der Kinderwelt für die ganze Lebenszeit werde geweckt werden.

Schließlich erklärte der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß er dem Antrage der Commission auf Bewilligung einer Summe von 15,000 ₰ als des höchsten Betrages der städtischerseits für die Feier zu bewilligenden Kosten nicht entgegen sein könne, da er, wie sehr auch zur äußersten Sparsamkeit mit den städtischen Mitteln

geneigt, sich doch nicht verhehle, daß bei diesem Jubelfeste, das durch das Interesse, welche das ganze Vaterland an ihm nehme, und die aufopfernde Theilnehmung seitens der Corporationen wie des Einzelnen, zu größeren Dimensionen, als man erwartet, sich entfaltet habe, eine ängstliche Sparsamkeit der Würde der Stadt nicht entsprechend sei, und sprach endlich die feste Erwartung aus, daß die proponirte Summe von dem Comité nicht werde überschritten werden.

Die Versammlung erklärte sich hierauf durch Beschluß damit einverstanden: daß es dem Stadtmagistrate überlassen werde, auf die Vorschläge der Fest-Comité's, diesen die erforderlichen Geldmittel anzuweisen; daß die Versammlung aber die Erwartung hege, daß dabei eine Gesamtsumme von 15,000  $\text{R}$  nicht überschritten, und der Stadtmagistrat ersucht werde, demgemäß die Comité's zur Ermäßigung ihrer Forderungen eventuell anzuhalten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 26. Juli 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Degener, Fabricius, Flagge, Kahlert und Uhde; ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Meyer.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 13. Juni d. J. verlesen und genehmigt war, und der Herr Vorsitzende an die Erledigung einiger noch rückständiger Steuer-Reclamationen erinnert hatte, berichtete zunächst:

I. Herr F ü d e l als Referent der Finanz-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 25. Juni d. J., in welchem beantragt wird, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß dem Schulpedellen Falkenberg eine extraordinäre Unterstützung von 15  $\mathfrak{A}$  aus der Gemeinde-Schulcasse gezahlt werde.

Die Commission hat sich aus den vom Magistrate angeführten Gründen mit dieser Verwilligung einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte dieselbe ohne Debatte.

Ferner referirte gleichfalls Herr F ü d e l namens derselben Commission

II. über einen im Schreiben vom 29. Juni d. J. enthaltenen Antrag des Stadtmagistrats, die Versammlung möge ihre Zustimmung dazu ertheilen, daß in dem hiesigen Armen- und Pflegehause Gasbeleuchtung eingeführt werde, und zu den Kosten der ersten Einrichtung eine Summe bis zum Betrage von 450  $\mathfrak{A}$  aus der Stadtcasse bewilligen.

Die in den beigelegten Acten enthaltenen Berichte des Stadtbaumeisters Tappe und der Verwaltungs-Deputation des Pflegehauses sprechen sich entschieden günstig für die Einführung der Gasbeleuchtung in beiden Häusern aus, für welche sich gerade jetzt eine passende Gelegenheit findet, da die in der Nachbarschaft derselben belegenen



Fabrik-Etablissements dieselbe Einrichtung beabsichtigen. Allerdings würde nach dem Anschlag des Stadtbaumeisters für jetzt ein Mehraufwand von ca. 58  $\text{fl}$  jährlich im Vergleich zu der früheren Delbeleuchtung erwachsen, allein derselbe hat, namentlich in Rücksicht auf die im großen Waisenhaus B. M. V. gemachten Erfahrungen, die Erwartung ausgesprochen, daß bei sparsamer Handhabung der Gasbeleuchtungs-Apparate diese Mehrausgabe noch erheblich und nahezu auf Null reducirt werden würde. Der von der Gasbeleuchtungs-Anstalt entworfene Kosten-Anschlag der ersten Einrichtung für beide Häuser beträgt 465  $\text{fl}$  6  $\text{gr}$  4  $\text{d}$ , und da der Gürtlermeister Hestner dieselben Vorrichtungen für 423  $\text{fl}$  herzustellen sich bereit erklärt hat, so hat der Stadtbaumeister anheim gegeben, die Röhrenleitung ic. durch diesen unter seiner Aufsicht herstellen zu lassen.

Nach dem Berichte des Herrn Födel hat sich die Commission für die Genehmigung der Proposition ausgesprochen, und auch in der Versammlung, wo an der kurzen Besprechung die Herren Reuter, Bautler, Desterreich und Kellner Theil nahmen, erfolgten nur dem Projecte günstige Aeußerungen. Namentlich wurde dabei der für solche Anstalten besonders wichtige Vortheil der größern Reinlichkeit und die Aussicht hervorgehoben, daß in Gemäßheit des mit der Gas-Gesellschaft abgeschlossenen Contractes bei dem immer mehr zunehmenden Consume von Gas auch der Preis desselben immer geringer werden würde.

Die Versammlung genehmigte daher die Vorlage.

In vertraulicher Sitzung wurde hierauf eine Reihe von Gesuchen um Verleihung des Wohnortsrechts und ähnliche Angelegenheiten erledigt.

**N<sup>o</sup> 8.**

Sitzung am 10. October 1861.

**1861.**

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Degener, Fabricius, Grund, Helfft, Südel und Kahlert.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. Juli d. J. richtete zunächst

I. Herr Bode folgende Anfrage an die anwesenden Mitglieder des Stadtmagistrats:

Wie der Versammlung bekannt sei, habe der Stadtmagistrat eine Deputation nach Hannover zu der dort vor Kurzem stattgehabten Enthüllungsfeier des Ernst-August-Denkmal's abgesendet. Da dieses in hiesiger Stadt vielfach Aufsehen erregt habe, so ersuche er den verehrlichen Stadtmagistrat um Darlegung der Gründe, welche denselben zu der Betheiligung an dem Feste bewogen hätten.

Herr Overbürgermeister Caspari erwiderte: Einige Zeit vor dem Feste habe der Oberhofmarschall von Malortie ein Schreiben an ihn gerichtet, welches unter Bezugnahme auf den directen Befehl des Königs eine Einladung an den Stadtmagistrat enthalten habe, durch eine Deputation an dem Ernst-August-Feste Theil zu nehmen. Der Stadtmagistrat, welchem er von der Sache Vortrag gemacht, ebenso wie der Herr Vorsitzende der geehrten Versammlung, mit welchem er gleichfalls Rücksprache genommen, seien der Ansicht gewesen, daß sich die Annahme der Einladung nicht ablehnen lasse, eine Ansicht, welche auch er vollständig getheilt habe, da er in der Einladung nur eine Erwiderung der Artigkeit gefunden, welche die hiesige Stadt bei der Feier ihres tausendjährigen Jubiläums den Deputationen verschiedener hannoverschen Städte bewiesen habe. Der Magistrat habe daher ihn und die Herren Stadträthe Meier und Bammel zu dem Feste nach Hannover entsendet, woselbst denn auch diese Deputation — wie vorauszusehen — eine sehr zuvorkommende Aufnahme gefunden habe.

Der Herr Vorsitzende bestätigte, daß der Herr Overbürgermeister Caspari mit ihm die betreffende Angelegenheit in Erwägung genommen, und er sich dahin ausgesprochen habe, daß es nicht thunlich sei, die allerdings unangenehme Einladung abzulehnen. Eine Berufung der Stadtverordneten-Versammlung habe er nach Maßgabe der Bestimmung der Städte-Ordnung nicht für erforderlich und auch nicht für wünschenswerth erachtet, damit es nicht den Schein gewinne, als werde der Sache eine Wichtigkeit beigelegt, welche sie in seinen Augen nicht habe.

Herr Bode beantragte hierauf, die Versammlung möge folgende Erklärung abgeben:

»Mit besonderer Befriedigung acceptirt die Versammlung die Erklärung des verehrlichen Stadtmagistrats, daß in der Sendung einer Deputation zum

Ernst-August-Feste eine Zustimmung zu dem jetzt in Hannover geltenden politischen Systeme nicht habe liegen sollen.

Der Herr Vorsitzende erklärte, daß er den ziemlich weit greifenden Antrag, der, wie er glaube, mehr enthalte, als zum Zwecke nothwendig sei, einer Commission überwießen werde, da die Versammlung unvorbereitet sei. Es beschloß jedoch die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Aronheim, den Antrag sofort in Berathung zu ziehen.

Zunächst erhielt Herr Aronheim das Wort, welcher bemerkte:

Er würde es für zweckmäßig gehalten haben, wenn der Stadtmagistrat die fragliche Angelegenheit vorher mit dieser Versammlung berathen hätte. Da dieses nicht geschehen, so liege jedenfalls jetzt den Stadtverordneten die Pflicht ob, ihre Ansicht von der Bedeutung, welche sie der Absendung der Deputation beilegen, offen und frei auszusprechen, indem es nur wünschenswerth sein könne, wenn man in Hannover die hier herrschenden Gesinnungen über gewisse dortige Zustände kennen lerne. Die Betheiligung an der Feier zum Andenken eines Monarchen, welcher die Verfassung seines Landes umgestoßen habe, erscheine höchst bedenklich, und es sei Recht und Pflicht dieser Versammlung durch eine öffentliche Erklärung gegen die Auffassung, welche eine Billigung des jetzigen hannoverschen Systemes in der Entsendung der Deputation finde, auf das Entschiedenste zu protestiren. Er empfehle daher dringend die Annahme des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Caspari:

Nach seiner Meinung liege ein Grund zur Abgabe der vorgeschlagenen Erklärung nirgends vor. Der Stadtmagistrat habe nicht im Entferntesten vermuthen können, daß man in der Annahme der an sich so unverfänglichen und bei der nachbarlichen Verbindung beider Länder so erklärlichen Einladung eine politische Manifestation, insbesondere eine Billigung des in Hannover jetzt geltenden Systemes finden werde, und sei er noch heute der Ansicht, daß die Zahl derer, welche der Absendung der Deputation eine solche Bedeutung unterschöben, äußerst gering sei; ebenso wenig dürfte aber auch ein Grund vorliegen, der Einladung, welche der Hauptstadt des stammverwandten Nachbarlandes in zuvorkommender Weise geworden, eine politische Tendenz unterzulegen, dieselbe finde in der früher bereits angedeuteten Absicht, die den hannoverschen Deputationen hier erzeigten Aufmerksamkeiten erwidern zu wollen, eine hinreichende Erklärung.

Herr Aronheim: Er trage kein Bedenken auszusprechen, daß ein Jeder, der dem Stadtmagistrat näher stehe, in der Annahme der Einladung eine politische Manifestation zu Gunsten des im Antrage bezeichneten politischen Systemes nicht finden werde. Allein dieses sei nicht bei allen Personen der Fall, welche von der Anwesenheit der Deputation in Hannover hörten, und bei diesen könne solche leicht eine andere Auslegung finden, wie es denn auch sehr fraglich sei, ob man in Hannover so unverfänglich gedacht habe, wie von dem Herrn Vorredner angenommen werde. Er müsse es deshalb für durchaus wünschenswerth und richtig halten, daß die Sache in das wahre Licht gesetzt werde.

Nachdem Herr Bode nochmals seinen Antrag vertheidigt hatte, nahm die Versammlung denselben mit allen gegen eine Stimme an.

Hierauf genehmigte die Versammlung

II. auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden die Verwilligung von Zuschüssen zu den Kosten der Auswanderung von fünf in Bavern detinirten Personen nach Amerika.

Sodann erinnerte

III. Herr Aronheim daran, daß heute die erste Sitzung der Versammlung nach dem Jubelfeste der Stadt sei. Das schöne und großartige Resultat dieses Festes habe man, neben der Theilnahme jedes Einzelnen in seinem Kreise, vorzugsweise der aufopfernden Thätigkeit der Mitglieder des Festcomités zu verdanken, und er beantrage daher, daß die Versammlung denselben ihren Dank ausspreche.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch besonders hervorgehoben hatte, welch großer Antheil an dem glänzenden Ausfalle des Festes den Vorständen und Festordnern der Gilden und anderen Corporationen gebühre, erhob sich die Versammlung zum Zeichen der Zustimmung zu dem Gesagten einmüthig von ihren Sitzen.

Namens der Baudeputation berichtete hierauf

IV. Herr Graß über ein Magistrats Schreiben vom 14. September d. J. die für die nächste Zeit beabsichtigten Neupflasterungen betreffend. Nach Inhalt desselben beabsichtigt der Stadtmagistrat, in derselben Weise wie zuvor die Poststraße, der nördliche Theil des Kohlmarkts, die Straße im Hutfiltern und die Schuhstraße (diese bis zur Wasserscheide) gepflastert worden, nunmehr mit der Neupflasterung und Kanalisierung des andern Theils der Schuhstraße, des Sackes, der Packhofstraße, der Straße vor der Burg, des Papensieges und des Marstalles vorzugehen, übrigens im nächsten Jahre vorerst nur die Kanalisirungs-Arbeiten vollständig vorzunehmen und, nachdem die Straßen vorläufig mit dem alten Materiale wieder zugepflastert worden, die Neupflasterung erst im darauf folgenden Jahre auszuführen, damit bis dahin das Terrain sich erst wieder gehörig werde sehen können. Nach den mit vorgelegten Ansätzen des Bauconducteurs Gräffen werden die Kosten für den allgemeinen Pflasterungsfonds 5560  $\mathcal{F}$  und für die Privaten 1460  $\mathcal{F}$  betragen. Da von Seiten der Herzoglichen Polizei-Direction Einwendungen gegen den Plan nicht gemacht seien, so werde die Zustimmung auch der Stadtverordneten zu demselben beantragt.

Nach dem Berichte des Herrn Graß hat zwar die Baudeputation anfangs Bedenken gegen die Einführung der verdeckten Kanäle anstatt der offenen Gassen gehegt, weil erstere leicht der Verschlämmung ausgesetzt seien, üble Ausdünstungen verbreiteten und Ungeziefer den Häusern zuführten, beantragt aber jetzt, nachdem sie eine Conferenz mit dem Herrn Oberbürgermeister und den städtischen Baubeamten gehabt, die Genehmigung des ganzen Projects, jedoch mit der Modification, den Stadtmagistrat zu ersuchen:

sich bei der Herzoglichen Baudirection dahin zu verwenden, daß bei den Kanälen, bei welchen ein Vortheil davon zu erwarten, statt der viereckten Form die eirunde eingeführt, von den einfüßigen viereckten Kanälen aber in Zukunft ganz abstrahirt werde.

Bei der Verhandlung sprach man sich im Ganzen allseitig für die Genehmigung des Planes aus, weil die Neupflasterung der Poststraße und ihrer Umgebung sich vollständig bewährt habe, und die gerade jetzt in Angriff zu nehmende Gegend der



Stadt, als eine der belebtesten, einer Neupflasterung und Kanalisirung am dringendsten bedürfe.

Nur Herr Visschobon nahm für die Beibehaltung der offenen Gassen mehrfach das Wort, indem, wie jetzt die Erfahrung, namentlich bei der Schuhstraße, gezeigt habe, der Geruch derselben nichts sei gegen den übeln Geruch, den die verdeckten Kanäle fortwährend in den Häusern verbreiteten. Herr Visschobon beantragte daher, sich bei dem vorliegenden Plane gegen die Kanalisirung zu erklären, oder mindestens den Hausbesitzern die Freiheit zu gewähren, ob sie Seitenkanäle von ihren Häusern aus zu dem mittlern Straßenkanäle ziehen wollten oder nicht.

Hiergegen wurde aber, namentlich von den Herren Bautler, Haeußler, Oberbürgermeister Caspari, Uhde und Graß geltend gemacht, daß die gerügten Nachtheile zum größten Theile nach Anlage der städtischen Wasserleitung verschwinden, daß es unverhältnismäßig kostspielig sein würde, wenn man bis zur Einführung derselben bloß die theueren Pflasterungen vornehmen wollte, um nachher behuf Anlage der Kanäle die Straßen wieder aufreißen zu müssen, und daß zwar die Pflasterungs-Ordnung nicht absolut — wie behauptet war — die Anlage von unterirdischen Kanälen vorschreibe, hierüber vielmehr in jedem einzelnen Falle auch die Stadtverordneten mit zu entscheiden hätten, daß aber gerade bei dem vorliegenden Projecte die Kanalisirung nach Lage der Straßen und Gassen geboten sei.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari noch seine Geneigtheit, die Einführung von eirunden Kanälen zu besürworten, ausgesprochen, und Herr Rieß unter allseitiger Zustimmung bemerkt hatte, daß die ovale Form sich nur für die großen Straßenkanäle eignen werde, zog Herr Visschobon seinen Antrag zurück, und die Versammlung genehmigte die obigen Propositionen der Baudeputation.

Herr Neuter machte noch aufmerksam auf die ungleichartige und zum Theil tadelnswerthe Ausführung der Neupflasterungen, und Herr Bode bezeichnete es als wünschenswerth, daß wenigstens die Schuhstraße noch in diesem Jahre neugepflastert werde.

Da aber Herr Oberbürgermeister Caspari dies für unmöglich erklärte, weil man bei der Kanalisirung vom untersten Theile des Straßen-Tractus, also beim Marstalle beginnen müsse, bestimmte Anträge auch nicht gestellt wurden, so ging die Versammlung

V. in vertraulicher Sitzung zur Berathung einer großen Anzahl von neu eingegangenen Gesuchen um Verleihung des Wohnortsrechts über.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 21. November 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen die Herren Desterreich, Fabricius, Flagge, Grund, Helfft, Kellner und Quenstedt; ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Meyer.

Nachdem bei Abwesenheit des Herrn Vorsitzenden der Stellvertreter desselben, Herr Haeussler, die Versammlung eröffnet hatte, wurde das Protokoll der Sitzung vom 10. October d. Jrs. verlesen und nach Erledigung einer Reclamation genehmigt.

Hierauf kamen zunächst

I. in vertraulicher Sitzung verschiedene Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts zur Berathung.

In öffentlicher Sitzung berichtete sodann

II. Herr Bode namens der für städtische Bibliothekssachen u. gewählten Commission über ein Magistrats Schreiben vom 7. October d. J., die Aufnahme einer besondern Position für das städtische Archiv in den Stadthaushalts-Etat betreffend.

Das Schreiben erwähnt, daß durch frühern Beschluß für die Jahre 1860 und 1861 eine Summe von jährlich 200 \$ zur Ordnung des städtischen Archivs ausgesetzt sei, daß ungeachtet der außerordentlichen Thätigkeit des damit beauftragten jungen Gelehrten diese Aufgabe noch nicht habe vollständig gelöst werden können, daß mithin die Fortbewilligung der erwähnten Summe auch für die nächste Zukunft unabweisbar sei, und entwickelt dann, daß nach Gründung einer städtischen Bibliothek und eines städtischen Museums die Anstellung eines Sachverständigen zur Aufsicht

und Leitung dieser Anstalten erforderlich geworden sei. Zu diesem Posten, heißt es in dem Schreiben weiter, eigne sich nun jener junge Mann ganz besonders, und werde es im Fall der Uebernahme dieser Stelle durch denselben erforderlich, ihm für jene sämtlichen Dienstleistungen eine jährliche Remuneration von 250  $\text{₰}$  zu bewilligen und einen Schreiber zur Unterstützung beizugeben, dem eine Gratification von 30 bis 40  $\text{₰}$  auszufehen sein würde. Indem dann daran erinnert wird, daß durch einen frühern Beschluß der Magistrat bereits ermächtigt sei, unter Zuziehung der dazu gewählten Commission Sachen bis zum Werthe von 10  $\text{₰}$  und bis zum Gesamtbetrage von 100  $\text{₰}$  jährlich ohne Weiteres anzukaufen, wird letztere Summe als zu gering bezeichnet und beantragt:

daß vom nächsten Jahre an eine Position von 500  $\text{₰}$  für das Archiv, das städtische Museum und die Bibliothek in den Stadtcassen-Etat aufgenommen werde.

Nach dem Berichte des Herrn Bode erklärt sich die Commission mit dem Inhalte dieses Schreibens vollkommen einverstanden. Die in demselben erwähnten Anstalten müßten, nachdem man sie gegründet, in angemessener Weise eingerichtet und erhalten werden. Zu der Leitung derselben eigne sich nun in der That Niemand besser, als der in dem Schreiben erwähnte Herr Hänselmann, der nicht allein durch seine Universitätsstudien im Besitze der erforderlichen theoretischen Kenntnisse sei, sondern auch an einem andern Orte durch praktische Arbeiten in Archiven sich ausgebildet und seine vorzügliche Befähigung auch hier bei Ordnung des Archivs und bei Herausgabe des bei Gelegenheit des Jubelfestes erschienenen städtischen Urkundenbuches bethätigt habe. Auch gegen die übrigen Positionen lasse sich nichts einwenden, da ein besonders zu honorirender Schreiber zur Aushilfe erforderlich sei, und die nach Abzug der Remunerationen verbleibende Summe von 200 bis 210  $\text{₰}$  jährlich vorerst wegen so mancher nothwendiger Anschaffungen und der beträchtlichen Kosten für das Einbinden der vielen geschenkten Bücher nur eben als ausreichend bezeichnet werden könne.

Die Versammlung genehmigte dem entsprechend ohne weitere Debatte die obige Proposition.

Hiernächst ging die Versammlung

III. zur Berathung und Feststellung des mittelfst Schreibens vom 17. October dies. Jahrs vorgelegten

### Stadtcassen-Etats für das Jahr 1862

über. Herr Födel beantragte Namens der Finanz-Commission die Genehmigung desselben in der aufgestellten Weise, und gaben nur wenige Positionen, welche Herr Födel einzeln durchging und nach Anleitung des Begleitschreibens erläuterte, Anlaß zu einer Besprechung.

Die Berathung hinsichtlich des bei den Ausgaben Cap. I unter der Rubrik »Abzuführende Capitalien« vorkommenden Postens zu 5000  $\text{₰}$ , welcher als Abtrag auf die zu dem Baue zweier Schulgebäude für die niedern Volksschulen anzuleihen-

den Gelder bezeichnet worden, wurde bis zur weiter unten folgenden Berichtserstattung über diesen Bau selbst ausgesetzt (vide unten sub IV.).

Die Erhöhung der Remunerationen der Schreiber Kuhlmann und Gauß von 60 auf 100  $\text{fl}$  wurde genehmigt.

Hinsichtlich des Ansages Cap. VIII. B. sub 2 von 5925  $\text{fl}$  für Bauten und Reparaturen an städtischen Gebäuden theilte der Herr Referent mit, daß in Bezug auf den Umbau des Neustadt-Kathhauses der Magistrat in Befolgung der ihm von der Versammlung erteilten Vollmacht insoweit von dem frühern Projecte abzuweichen beabsichtige, als es früher die Absicht gewesen, die Restauration in den Jahren 1861 bis 1865 incl. auszuführen, dieselbe aber jetzt in den Jahren 1862 und 1863 vollendet werden solle.

Bei Cap. X. C., wo für die Straßenbeleuchtung 300  $\text{fl}$  mehr in Ansatz gebracht sind, bemerkte der Herr Berichterstatter, daß das Begleitschreiben diese Mehrausgabe durch die in Folge der Eröffnung des neuen Theaters erforderlich gewordenen Anlegung mehrerer neuer Laternen motivire, sich aber auf ein diese Angelegenheit betreffendes Schreiben an die Versammlung beziehe, welches derselben noch nicht zugegangen sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte diesen Umstand damit, daß die Herzogl. Hoftheater-Intendantur das betreffende Anschreiben noch nicht beantwortet habe; und beschloß die Versammlung, unter Vorbehalt der besondern Prüfung des Postens nach Eingang der einschlägigen Mittheilung, denselben einstweilen, um den Abschluß des Etats zu ermöglichen, mit zu verwilligen.

Bei dem Etat über das Armenwesen genehmigte die Versammlung die beantragte Zulage von 50  $\text{fl}$  für den Armenarzt und Assistenten des Medicinalraths Dr. Franke, Dr. Balke.

Auch die Special-Etats, namentlich der der Wegebau-Casse wurden ohne Weiteres genehmigt.

Da nach dem Abschlusse der Einnahme und Ausgabe ein Deficit von 55,000  $\text{fl}$  sich herausstellte, so stimmte schließlich die Versammlung dem gestellten Antrage bei:

daß behuf Deckung des Ausfalles eine Communal- und Armensteuer im obigen Betrage und nach den bisher dabei beobachteten Grundsätzen ausgeschrieben werde.

Gleichfalls im Namen der Finanz-Commission erstattete hierauf

IV. Herr Uhlde Bericht über ein Magistratsschreiben vom 9. Novbr. d. Jrs., den Neubau und resp. Umbau der niederen Volksschulen und die Aufbringung der für denselben erforderlichen Geldmittel betreffend.

Nach dem dem Schreiben beigelegten Bauplane und Kostenanschlage hat der Stadtbaumeister die Kosten des — bereits beschlossenen — Baues des neuen Schulgebäudes der Volksschule nördlichen Bezirks zu 19,200  $\text{fl}$  und die Kosten der Herstellung



von Nebenbauten und der Anschaffung des Mobiliars zu 4825  $\text{fl}$  veranschlagt, so daß für den ganzen Bau, ausschließlich der Kosten des Ankaufs des Hauses zu 5000  $\text{fl}$ , 24025  $\text{fl}$  zu verausgaben sein würden. Da sowohl der städtische Schulvorstand, als die Bau- und die Schul-Commission an dem Plane nichts zu erinnern gefunden, so beantragt der Stadt-Magistrat:

die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß nunmehr der Bau nach den Vorschlägen des Stadtbaumeisters Tappe zur Ausführung gebracht werde.

In dem Schreiben heißt es weiter, daß nach dem Gutachten des Schulvorstandes auch bei der niedern Volksschule südlichen Bezirks ein Neubau nothwendig werde, theils weil die vorhandenen 8 Schulclassen — von denen übrigens nur 6 brauchbar seien — für die Schüler, deren Zahl etwa die Ziffer 1000 betrage, nicht ausreichten, theils weil es unumgänglich nothwendig sei, daß in der einen Volksschule eingeführte fünfflassige Unterrichtssystem auch auf die andern auszu dehnen. Der mit dem Entwurfe eines Bauplans beauftragte Stadtbaumeister habe nun vorgeschlagen, auf der Südseite des Schulhofes ein neues Schulgebäude zur Aufnahme von 4 Classen zu erbauen, an dem nordwestlichen Ende des Schulhofes ein Gebäude zur Aufnahme des Pedellen herzustellen, das jetzt an der Straße stehende sehr schlechte Gebäude abzubauen und in der untersten Etage des jetzigen Schulhauses, durch Wegnahme einer Wand, eine neue Schulklasse, dafür aber im zweiten Stockwerke aus einer Classe, welche in unmittelbarer Verbindung mit der Wohnung des dirigirenden Lehrers stehe, eine Stube und Kammer für den Vektern herzurichten. Auf erfolgte Einwendungen sei dieser Plan jedoch dahin modificirt, daß dem Pedellen eine Wohnung auf dem Boden des jetzigen Schulgebäudes eingerichtet, und die beiden Keller, welche unter dem projectirten Hause hatten hergestellt werden sollen, unter das Waschhaus verlegt, dem neuen Schulhause aber nur eine massive Hinterwand gegeben werden solle. Der in dieser Weise modificirte Plan habe nun beim städtischen Schulvorstand und den beiden Commissionen der Stadtverordneten um so eher Beifall gefunden, als die Kosten durch jene Aenderungen von 10,000  $\text{fl}$  auf etwa 8000  $\text{fl}$  verringern würden. Es werde die Versammlung daher ersucht:

auch mit der Ausführung dieses Baues in der projectirten Weise sich einverstanden zu erklären.

Was nun die Aufbringung der erforderlichen Kosten im Gesamtbetrage von etwa 32,000  $\text{fl}$  betreffe, so werde beabsichtigt, solche so viel als thunlich von den currenten Einnahmen zu bestreiten, die fehlenden Gelder aber einstweilen von dem Grundvermögen der Stadt zu entnehmen und durch Anleihen herbeizuschaffen. Nach dem im Schreiben näher ausgeführten Plane würde es dann erforderlich werden, zur Tilgung der zu contrahirenden Schulden, sowie zur Ergänzung des von dem Grundvermögen der Stadt zu Verwendenden jährlich eine bestimmte Summe, und zwar mindestens 3000  $\text{fl}$ , in den Etat aufzunehmen — wozu die regelmäßigen Einnahmen der Stadt-Casse die Mittel gewähren würden. Der Antrag geht schließlich dahin:

auch zu diesen Vorschlägen die Zustimmung ertheilen zu wollen.

Der Herr Berichterstatter erklärte Namens der Finanz-Commission, daß auch diese sich von der Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der fraglichen Bauten aus den in dem Schreiben angeführten Gründen überzeugt halte und daher die Zustimmung zu denselben beantrage. Hinsichtlich der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel sei die Commission zwar im Ganzen ebenfalls mit den Magistrats-Anträgen — aus denen sich die in den Stadtcassen-Etat allerdings an einem ungewöhnlichen Orte, aufgenommene oben erwähnte Position von 5000  $\mathfrak{R}$  nun erkläre — einverstanden, nur könne man sich von der Zweckmäßigkeit des Vorschlages nicht überzeugen, daß behuf Abführung der contrahirten Schulden von vorn herein für jedes Jahr der Betrag von 3000  $\mathfrak{R}$  bestimmt werden solle. In dieser Hinsicht liege kein Grund vor, sich ein für alle Mal die Hände zu binden, vielmehr beantrage die Commission, zwar in der vorgeschlagenen Weise die Aufbringung der erforderlichen Gelder und die demnächstige Tilgung der Schulden vorzunehmen, aber die behuf der letztern jährlich zu verwendende Summe nicht zu fixiren, sondern ihre Höhe von den jedesmaligen Umständen des städtischen Etats abhängig zu machen.

Bei der über die Anträge eingeleiteten Debatte erhob sich kein Widerspruch hinsichtlich der Nothwendigkeit der Bauten und ihrer Ausführung in der projectirten Weise. Eine Anfrage des Herrn Nieß, ob die vorhandenen Räume des Schulgebäudes im südlichen Bezirke nicht ausreichen würden, wenn man dem dirigirenden Lehrer statt der Wohnung in demselben eine Miethentschädigung verleihe, erledigte sich durch die Antwort des Herrn Overbürgermeisters Caspari, daß auch in diesem Falle noch zwei Klassen fehlen würden, und daß es als ein unumgängliches Erforderniß allgemein anerkannt werde, daß der Schuldirector in der Schule selbst seine Wohnung habe. Rücksichtlich der Aufbringung der Kosten und deren nachherigen Tilgung vertheidigte zwar der Herr Vorsitzende den ursprünglichen Magistrats-Vorschlag, fand jedoch Widerspruch bei Herrn Lüdel, und der Herr Overbürgermeister Caspari selbst schloß sich schließlich Namens des Magistrats den in dem Commissions-Berichte ausgesprochenen Ansichten im Wesentlichen an.

Die Versammlung ertheilte sodann ihre Zustimmung zu der Vornahme der Bauten in der projectirten Weise, verwilligte die dazu angeforderte Summe und erklärte sich damit einverstanden, daß diese durch Entnahme vom Grundvermögen der Stadt und eventuell durch Anleihen aufzubringen sei, beschloß zugleich aber, daß zwar die allmähliche Tilgung der vom Grundvermögen der Stadt genommenen und der angeliehenen Gelder principiell festgehalten, daß aber die Höhe der alljährlichen Tilgungssumme für jeden Etat besonders bestimmt werden solle.

Bei Gelegenheit dieser Besprechung bezeichnete es Herr Aronheim, dem sich Herr Nieß anschloß, als ein dringendes Bedürfnis im Interesse gründlicher Beratungen, daß zur Instruction der den Commissionen nicht angehörenden Mitglieder der Versammlung die Acten über wichtigere Gegenstände vor der Verhandlung einige Tage im Stadthause zur Einsichtnahme ausgelegt werden möchten. Der Herr Vorsitzende wies indeß darauf hin, daß eine solche Bestimmung sich bereits in der Geschäfts-Ordnung finde, hielt aber eine Erinnerung an die Herren Commissions-Referenten, der betreffenden Vorschrift — von deren Beobachtung indeß die Wohnorts-Com-

mission zu dispensiren sein möge — regelmäßiger Genüge zu leisten, für sehr am Platze. Ein anderer Vorschlag des Herrn Reuter, die Commissions-Berichte in wichtigeren Sachen autographiren und vor der Verhandlung mittheilen zu lassen, fand Widerspruch bei Herrn Aronheim, welcher die Ansicht aussprach, daß die wenigsten Mitglieder der Versammlung Zeit zur schriftlichen Ausarbeitung ihrer Berichte haben möchten, und Herr Reuter verzichtete hierauf auf die Besprechung dieses Vorschlages schon in der heutigen Sitzung.

V. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. November d. Jrs. beträgt das von der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction für das Jahr 1862 festgesetzte Salz-Zwangs-Quantum für die hiesige Stadt, wie in den beiden letzten Jahren 4551 Ctr 12 P. Obwohl nun im Jahre 1860 nicht weniger als 698 Ctr 82 P. über das Zwangs-Quantum hinaus entnommen sind, und daher von Herzogl. Haupt-Steuer-Casse die Summe von 989  $\text{fl}$  29  $\text{gr}$  9  $\text{d}$  refundirt ist, so reicht dies doch nicht einmal völlig aus, die durch die Salzfellereien, die Salzbücher u. erwachsenden Kosten zu decken. Da mithin ohne Nachtheil der Stadtcasse an eine Herabsetzung des Salz-Zwangs-Quantums nicht gedacht werden könne, so werde beantragt, dasselbe auch für das Jahr 1862 wiederum auf 10 P. pro Kopf der hiesigen Einwohner zu veranlagten.«

Nachdem Herr Kloss Namens der betreffenden Commission die Zustimmung zu diesem Antrage befürwortet hatte, erklärte es Herr Nieß, namentlich im Interesse der unteren Classen für wünschenswerth, eine Aenderung in der Weise eintreten zu lassen, daß der Erwachsene mit 12 P., Kinder unter 6 Jahren aber nur zu 6 P. veranlagt würden. Es sei eine Ungerechtigkeit, ein Salzquantum einer Familie aufzubürden, daß sie unmöglich wirklich consumiren könne, und wenn auch Dispensationen ertheilt würden, so wisse doch der Aermere häufig nicht die richtigen Wege zur Erlangung einer solchen oder scheue die Umstände, die sie veranlassen.

Herr Overbürgermeister Caspari bezeichnete jedoch die beabsichtigte Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern als eine bei der Einrichtung unserer Seelenlisten nicht durchführbare, die event. bedeutende Kosten veranlassen würde, und verwies auf die große Humanität, mit der die Reclamationen berücksichtigt und bei Einziehung der Bezahlung für nicht genommenes Salz bisher stets verfahren sei, und Herr Kahleert wies durch Rechnung nach, daß bei der von Herrn Nieß proponirten theilweisen Erhöhung und resp. Herabsetzung der Salzquanta regelmäßig erhebliche Unterschiede für die meisten Familien nicht erwachsen würden.

Auf den Antrag des Herrn Kloss genehmigte darauf die Versammlung die Magistrats-Proposition und beschloß ferner:

- 1) der Commission die selbstständige Entscheidung über etwaige Reclamationen wiederum zu übertragen, und
- 2) den Stadt-Magistrat aufzufordern, an die Herzogliche Zoll- und Steuer-Direction das Ersuchen zu stellen, ein wachsames Auge auf die angeblich häufiger gewordenen Salzdefraudationen zu richten.

Ferner wurde

VI. auf den für die Finanz-Commission abgestatteten Bericht des Herrn F ü d e l dem in einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. November d. J. gestellten Ersuchen gemäß, die Zustimmung zu der Prolongation der über die Verpachtung der unter der Bürgerschule östlichen Bezirks befindlichen Keller mit dem Schneidermeister Schrader, Maurergefellen Gerecke, Hof-Böttichermeister Helmholz und Conditor Müller abgeschlossenen Contracte auf fernere vier Jahre von Ostern 1862 anzurechnen ertheilt, und

VII. in Bezug auf das durch Magistratschreiben vom 4. November d. Jrs. mitgetheilte Gesuch der Wittwe Gerecke, geb. Breithaupt, um Erlaß des Stellgeldes für ihren neben der Eingangsthür zum alten Theater unter dem f. g. Bogen befindlichen Obstand beschloffen:

daß die Stellgelds-Rückstände derselben zu erlassen seien, Supplicantin aber in Zukunft das regelmäßige Stellgeld von  $1\frac{1}{2}$  ₰ zu entrichten habe.

Schließlich fand

VIII. auf den Vortrag des Herrn F ü d e l noch eine Steuer-Reclamation ihre Erledigung.

---



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 19. December 1861.

Abwesend sind und werden als entschuldigt angenommen: die Herren Kronheim, Degener, Fabricius, Helfft, Niemeyer und Rothdurf; abwesend ohne Entschuldigung ist Herr Kahlert.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 21. November d. J. verlesen und nach Erledigung einer Reclamation genehmigt war, berichtete zunächst

I. Herr Südel Namens der Finanz-Commission über verschiedene Magistrats-Schreiben, in welchen die Verleihung von Extraordinarien beantragt wird. In Gemäßheit des befürwortenden Berichts wurde von der Versammlung die Zustimmung dazu ertheilt, daß den bei der hiesigen Stadt- und Armen-Verwaltung beschäftigten Hilfsarbeitern, sowie den Magistratsdienern, wenn verheirathet, ein Extraordinarium von 20  $\mathfrak{F}$ , den unverheiratheten von 10  $\mathfrak{F}$ , den beiden Bedellen bei den niederen Volksschulen jedem 20  $\mathfrak{F}$  und dem städtischen Straßenbeleuchtungs-Controllleur ein solches von 10  $\mathfrak{F}$  aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

Sodann referirte gleichfalls Herr Südel

II. Namens der Central-Commission über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. October d. Jrs. Inhalts desselben hat ein Preussischer Unterthan, welcher hierher gezogen und wegen eines Einkommens von 2400  $\mathfrak{F}$  mit einem Steuersaße von 80  $\mathfrak{F}$  jährlich veranlagt war, im Wege der Reclamation die Herabsetzung desselben auf die Hälfte beantragt, weil er hier nur einen zeitweiligen Aufenthalt habe und im Preussischen noch Steuern entrichten müsse. Mit Rücksicht hierauf hat sodann die betreffende Districts-Commission sich dahin entschieden, daß der Reclamant in der 23. Classe mit 42  $\mathfrak{F}$  zu veranlagten sei. Das Schreiben erklärt nun diese Entscheidung für illegal, theils weil die Herabsetzung Fremder in eine ihrem Einkommen nicht entsprechende Steuerklasse dem bisherigen Verfahren zuwider sei, nach welchem dieselben immer in der richtigen Klasse veranlagt, aber nur mit der Hälfte des Steuerbetrages zur Zahlung herangezogen seien, theils weil die Commission zur Abgabe der

Entscheidung nicht competent gewesen, und giebt daher die Beschlußnahme in voller Sitzung anheim.

Die Central-Commission ist nun nach dem Berichte des Herrn Lüdel gleichfalls der Ansicht, daß die betreffende Districts-Commission ihre Befugnisse überschritten habe, da dieselbe nur dann eine Entscheidung hätte abgeben dürfen, wenn die Reclamation die Höhe der wirklichen Einnahme oder deren Berechnungsart betroffen haben würde. Die Herabsetzung eines Reclamanten in eine beliebige niedrigere Klasse liege dagegen offenbar außerhalb der Competenz der Districts-Commissionen. Es existire nun, fuhr der Herr Referent fort, durchaus keine bestimmte Vorschrift, nach welchem Maßstabe die Fremden zur Communalsteuer heranzuziehen seien; hieraus erkläre sich die Häufigkeit der Reclamationen dieser Art; und der bisher immer anerkannte Grundsatz, bei der Besteuerung der Fremden möglichst schonend zu Werke zu gehen, sei viel zu allgemein und schließe Ungerechtigkeiten nach der einen oder andern Seite nicht aus. Die Commission halte daher die vorliegende Gelegenheit für geeignet, der Versammlung eine definitive Beschlußfassung anheim zu geben.

Nach dem §. 146 der revidirten Städte-Ordnung könnten Fremde zur Communalsteuer herangezogen werden, daß sie, namentlich in einer Stadt, wie Braunschweig, überhaupt besteuert werden müßten, sei bisher nicht in Zweifel gezogen und könne keinem Bedenken unterliegen, wenn man die vielen Vortheile eines dauernden Aufenthalts in hiesiger Stadt berücksichtige. Das Gesetz enthalte sich aber jeder nähern Bestimmung des Modus dieser Besteuerung, gebe daher frei, sie höher, sie niedriger, oder endlich sie eben so zu besteuern, wie die Gemeindegensossen. Da nun die Fremden, weil sie — um nur Einiges anzuführen — im Fall der Verarmung von hier fortgewiesen werden könnten, weder actives noch passives Wahlrecht hätten, nicht ohne Weiteres Gewerbe am hiesigen Orte betreiben dürften, hinsichtlich ihrer Rechte den Einheimischen bei Weitem nachständen, so könne in Gemäßheit des Grundsatzes: »gleiche Rechte, gleiche Pflichten« nicht davon die Rede sein, sie eben so hoch, geschweige denn sie höher als diese zu besteuern. Es komme dazu, daß die Erhebung der vollen Steuer von Fremden geradezu unpolitisch sein würde, weil, wenn auch einmal hier angesiedelte Ausländer nicht gerade um einige Thaler Steuern willen von hier fortgehen würden, doch der allgemeine Fremdenzug vorzugsweise nach solchen Orten gehe, wo die Steuern mäßig seien. Wenn man nun ferner berücksichtige, daß nach allgemeinen Grundsätzen eine jede Gemeinde für ihre Armen allein zu sorgen habe, die Armensteuer aber durchschnittlich gerade die Hälfte der ganzen Communalsteuer ausmache, so empfehle es sich offenbar, von Fremden, wenn, wie gezeigt, die Festsetzung des Quantum ein für alle Mal Schadenswerth sei, die Hälfte der von den Gemeindegensossen unter gleichen Verhältnissen zu zahlenden Steuern zu erheben. — Die Commission beantrage daher, den Grundsatz aufzustellen:

daß die Fremden gerade wie die hiesigen Einwohner abzuschätzen, aber nur zur Hälfte des danach auf sie fallenden Steuerquantums heranzuziehen seien, übrigens bei Reclamationen ganz dasselbe Verfahren, wie bei Einheimischen, eintreten zu lassen. —

Der Herr Vorsitzende unterstützte, mit dem Bemerken, daß er bereits früher der Central-Commission in einer besondern Ausführung diese seine Meinung vorge tragen habe, den Commissions-Vorschlag nach mehreren Seiten hin und hob namentlich hervor, daß der bisherige Grundsatz einer »billigen«, »schonenden« Behandlung

der Fremden, welcher sich, obwohl dieselben in hiesiger Stadt viele bedeutende Vortheile und Annehmlichkeiten genossen — von denen er nur die Freiheit der Benutzung unserer vortrefflichen, aber auch kostspieligen, Schulanstalten nennen wolle — dennoch rechtfertige, da denselben, wie der Herr Referent ausgeführt habe, die allerwesentlichsten Rechte fehlten, in seiner Unbestimmtheit viel zu allgemein, und daß daher eine endliche Feststellung am Platze sei. Der Commissionsvorschlag empfehle sich aber, als nach allen Seiten hin billig, um so mehr, als selbst der Wortlaut der Städte-Ordnung nur vom Rechte der Besteuerung der Fremden spreche, was auszuschließen scheine, daß solche den Gemeindegossen gleich besteuert würden. Man betrachte die Fremden daher als Gäste, nicht als Familienglieder, und muthe ihnen nicht zu, die Kosten, welche die »Familie«, veranlasse, mitzutragen!

Nachdem noch Herr Bautler dem Commissions-Vorschlage als einem sehr praktischen beigegeben und seine Freude darüber ausgesprochen hatte, daß der gesteigerte Fremdenzug nicht ohne Wechselwirkung auf schöne bauliche Anlagen, namentlich an der Walipromenade, gewesen sei, erhob sich

Herr Oberbürgermeister Caspari, um einige Bedenken gegen den Antrag zu entwickeln. Zunächst verstehe es sich wohl von selbst, daß der beantragte Beschluß nicht ohne Zustimmung des Stadtmagistrats zur Geltung gebracht werden könne, wie auch die Versammlung, mit Rücksicht auf die betr. Bestimmung der Städte-Ordnung, nicht bezweifeln werde. In der Sache selbst aber erscheine ihm das von der Commission aufgestellte Princip, wenn auch im Allgemeinen ganz billig, doch erheblicher Modificationen fähig und bedürftig zu sein. Um sich mit einigen Ausführungen zu begnügen, so könne er vor Allem keinen Grund finden, warum Fremde, welche durch ihrer Hände Arbeit hier ihren vollständigen und ausschließlichen Broderwerb fänden und einheimischen Arbeitern Concurrnz machten, geringer besteuert werden sollten, als die Letzteren, ebenso ersirten auch außer dieser Klasse einige concessionirte Gewerbetreibende, denen die Erwerbung des Wohnortsrechts aus dringenden Gründen erlassen sei. die man aber, ohne die größte Ungerechtigkeit, nicht niedriger besteuern könne, als einheimische Concurrenten. Bisher sei ferner, und gewiß nicht mit Unrecht, noch darauf Rücksicht genommen, ob ein Fremder auch in seiner Heimath Steuern zu zahlen habe oder nicht. Endlich sei noch in Erwägung zu ziehen, daß, namentlich bei der erst erwähnten Klasse von Fremden — wo bisher ein Unterschied von Einheimischen und Fremden niemals gemacht sei — die Ausmittelung der betreffenden Eigenschaft die Führung der Steuerlisten gar sehr erschweren werde. Unter diesen Umständen könne er sich nicht ohne Weiteres für das von der Commission befürwortete Princip erklären, und werde sich der Stadtmagistrat in dem eventuellen Rückschreiben weitere Darlegung dieser Bedenken vorbehalten.

Nachdem hierauf Herr Meyer sich gleichfalls dahin ausgesprochen hatte, daß der Antrag mit Rücksicht darauf, ob die zu besteuernenden Fremden Producenten oder nur Consumenten seien, einer Modification zu bedürfen scheine, schlug

der Herr Vorsitzende vor, die Versammlung möge für heute einfach sich auf die Beschlußfassung darüber beschränken, ob die Fremden hinsichtlich der Besteuerung den Gemeindegossen gleich oder nicht gleich gestellt werden sollten, und dem Magistrat sodann zu überlassen, die demselben nothwendig erscheinenden Modificationen zur Ausgleichung der Ansichten in seinem Antwortschreiben den Stadtverordneten vorzulegen.

Der Referent, Herr F ü d e l, erläuterte die Auffassung der Commission noch dahin, daß sie allerdings den Fall, daß Fremde, ohne Bürger zu sein, hier Fabrikgeschäfte betreiben könnten, nicht berücksichtigt habe; daß hinsichtlich der fremden Arbeitsleute die Abänderung des von ihr aufgestellten Principis unabweisbar erscheine, und daß sie die Frage, ob das Zahlen von Steuern im Auslande in Anschlag zu bringen sei, zwar erörtert, sich aber dahin entschieden habe, daß hierauf, als auf einen nie mit Bestimmtheit zu ermittelnden Umstand, keine Rücksicht genommen werden könne.

Herr U h d e erklärte es, im Hinblick auf die von Herrn Oberbürgermeister Caspari vorgetragenen Bedenken als angemessen, für heute keinen definitiven Beschluß zu fassen und nur den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich über die Frage der Versammlung gegenüber baldthunlichst zu äußern.

Herr H a e u s l e r hielt es mit Rücksicht auf die Bestimmung in der Städteordnung für formell am Richtigsten, wenn die Versammlung den Stadtmagistrat ersuchte:

eine gemeinschaftliche Sitzung desselben mit den Stadtverordneten zu berufen, damit in derselben eine Einigung über das bei der Besteuerung der Fremden zu beobachtende Princip erreicht werde, und der Herr Vorsitzende, der dieser Ansicht beitrug, schlug noch vor, in dem diesen Beschluß begleitenden Schreiben zu sagen:

bei der Berathung verschiedener Steuer-Reclamationen habe die Versammlung sich dahin ausgesprochen, daß die Fremden, falls nicht besondere Umstände in Betracht kämen, zwar in gleicher Weise wie die Einheimischen zur Communalsteuer, jedoch nur zur Hälfte des danach zutreffenden Steuersatzes heranzuziehen seien, und daß als wesentlichster Ausnahmefall der anzusehen sei, wenn der Fremde in hiesiger Stadt durch Betreibung eines Gewerbes oder als Arbeiter seine Nahrung finde.

Diese Anträge wurden von der Central-Commission gebilligt und angenommen.

Bei der darauf folgenden Besprechung, an der die Herren B a u t l e r, N i e ß, H a e u s l e r, G r a ß und R a m d o h r Theil nahmen, erklärte man sich, — da ein Einwurf des Herrn L i s s e b o n, daß die Hälfte des Steuersatzes zu gering sei, weil die Fremden sich regelmäßig zu niedrig tarirten, durch die Erwidderung beseitigt wurde, daß man die Fremden ja demselben Verfahren, eventuell der Heranziehung zum Eide, unterwerfen werde, wie die Einheimischen — durchaus für den nunmehr modificirten Antrag der Central-Commission, der denn auch mit großer Majorität genehmigt wurde.

Nachdem sodann in vertraulicher Sitzung verschiedene Wohnorts-Angelegenheiten und Steuer-Reclamationen verhandelt waren, wurde schließlich, wieder in öffentlicher Sitzung

III. zum Vorsitzenden der Versammlung für das nächste Jahr wiederum Herr D e s t e r r e i c h, und zum Stellvertreter desselben wiederum Herr H a e u s l e r gewählt, und sprachen beide Herren der Versammlung ihren Dank für das ihnen hierdurch erwiesene Zutrauen aus.